Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 90. Mittwoch, den 17. April 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Um die Arbeiterjugend.

I.

Seit Jahren hat man sich von bürgerlicher Seite darum bemüht, die Arbeiterjugend für kirchliche und „nationale“ Zwecke einzufangen. Konfessionelle und Spiel- und Sportvereine aller Art riefen wie aus einem Munde dem schulentlassenen Proletariersprößling zu: „Komme zu uns; bei uns bist du am besten aufgehoben! Es ist mitunter ulkig zu lesen, welche Erfahrungen man mit dem verdammt gescheiten Versuch machte, großstädtische Jungen für den Hurrapatriotismus zu interessieren. So erzählt der Hamburger Pastor Walther F. Classen in den „Grenzboten“ — den Artikel drucken auch die „Lübeckischen Blätter“ ab — folgendes:

„Ein schönes Heim war da für die Lehrlinge. (Schöne Heime sind überhaupt viel weniger wichtig als rechte Männer.) Es kamen auch Jungen. Man gab ihnen alles umsonst, was ganz verkehrt ist. „For wat, is wat!“ sagt der Hamburger. Für eine gute Sache will er auch seinerseits was leisten. Ein guter Zug! Man pflege ihn, und pflege die proletarische Begehrlichkeit (sieh mal sieh, Herr Pastor! Red.) nicht noch groß. Also in diesem Heim wurde zu Kaisers Geburtstag Apfelreis gekocht. „Jungen, wißt ihr auch, warum ihr dies heute bekommt? Es ist Kaisers Geburtstag!“ Da nahmen alle Jungen ihre Mützen, sagten kein Wort und kamen niemals wieder.“

Waren das nicht famose Jungen? Es waren echte Proletariersöhne, die sofort wußten, was sie zu tun hatten, als sie sahen, auf welchen Weg man sie gelockt. Andere bürgerliche Jugendpfleger versuchten es anders. In München gibt es einen Verein „Lehrlingsschutz“, der im Jahre 1910 etwa tausend Mitglieder zählte. Die Oberleitung hat ein katholischer Geistlicher. Strenge Vorschriften für die zu „pflegende“ Jugend wurden geschaffen.

„Beim Kommen und Gehen hat der Lehrling zu grüßen: „Gott segne das ehrsame Handwerk.“ . . . Auch außer den Versammlungen haben sich die Lehrlinge eines gesitteten und ehrenhaften Benehmens zu befleißigen, zumal die Zufriedenheit ihrer Meister durch Fleiß und Berufseifer zu erwerben, und dem „Lehrlingsschutz“ Ehre zu machen. Insbesondere wird von den Lehrlingen die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten streng gefordert, die Schutzherren werden dieselbe überwachen und um das gute Verhalten ihrer Schutzbefohlenen in der Schule sich kümmern. Der Besuch von Wirtshäusern, sowie das Rauchen von Tabak, Zigarren und Zigaretten und das Mitbringen von Spazierstöcken ist allen Lehrlingen untersagt.“

So und ähnlich lauteten die Vorschriften. Natürlich hielt es schwer, bei solchen Bestimmungen Lehrlinge in den „Lehrlingsschutz“ zu bekommen, heißt es doch selbst in den „Grundsätzen und Ratschlägen für Jugendpflege“ in Preußen: „Junge Leute, die Tag für Tag in anstrengender Arbeit stehen, haben für ihre Freizeit das naturgemäße Verlangen nach Unterhaltung und Freude. Der der heranwachsenden Jugend ohnehin eigentümliche Freiheitsdrang läßt den Wunsch nach Selbstbestimmung in der Freizeit besonders stark hervortreten usw.“ Der Verein „Lehrlingsschutz“ in München gewann denn auch im ersten Berichtsjahr nur 250 Lehrlinge, so daß auf jeden Lehrling vier Wächter kamen. Bald darauf schrieb ein Herr Dr. Schiela im „Ratgeber für Jugendvereinigungen“: „Das Bevormunden, wie der Kommandoton, das Schulmeisternde und Bemutternde hat unsere männliche Jugend endlich satt und sie fühlt so viel Kraft in sich, daß sie zwar einen Freund gern annimmt, aber das „Zwangserziehungsverfahren“ aus ganzer Seele haßt!“ Und nun versucht man es in München anders. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichteten, wie schon mitgeteilt, darüber dieser Tage:

„Versammlung katholischer Jugendvereine. Im Hackerbräukeller fand am Sonntag nachmittag die diesjährige Frühjahrsparade der zwanzig katholischen männlichen Jugendvereine Münchens statt, wozu sich unter anderen auch Erzbischof von Bettinger eingefunden hatte. Nachdem Bezirkspräses Rudolf Weiß die Versammlung mit einer kurzen Ansprache begrüßt, hielt Dr. Ludwig Schiela eine Festrede, die von den Knaben teilweise mit Heiterkeit aufgenommen wurde. Es schloß sich eine Huldigung für den Prinzregenten an. Die Durchführung des Unterhaltungsprogramms wurde von den Mitgliedern verschiedener Jugendvereine bestritten. Kinematographische Vorführungen und Chorgesänge beschlossen die Veranstaltung, die den größtenteils vierzehn- bis 16jährigen Knaben vorzügliche Gelegenheit gab, die Maßkrüge (nur solche gab es) wiederholt füllen zu lassen. Die gehobene Stimmung blieb natürlich nicht aus.“

Religion und Alkohol verwenden die katholischen Jünglingsvereine in München also jetzt, um der männlichen Arbeiterjugend die Köpfe zu umnebeln. Und in mancher Lehre wirds nicht besser gemacht. Weil wir gerade bei den „Schwarzen“ sind, sei hier wiedergegeben, was wir kürzlich in der „Leipziger Volksztg.“ aus der Broschüre eines Schornsteinfegermeisters zitiert fanden:

„Das einzige Mittel, den frierenden Körper zu erwärmen, ist der Alkohol; der Lehrling wird dort, wo in den Kehrbezirken vorwiegend Landarbeit ist, direkt zum Säufer erzogen. Das vom Meister gezahlte Kostgeld ist so niedrig, daß es zum Kauf eines warmen alkoholfreien Getränkes kaum ausreicht. Bekanntlich sind auf dem flachen Lande warme Getränke und Speisen schwerer zu haben, und müssen auch teurer bezahlt werden, als in größeren Städten. Eine weitere Gefahr besteht noch darin, daß besonders im Winter aus Mitleid dem Lehrling von seiten der ländlichen Bevölkerung während der Arbeitsausführung ein größeres Quantum Schnaps verabfolgt wird. In Ostdeutschland übersteigt das auf diese Weise dem Lehrling verabfolgte tägliche Quantum Schnaps einen Liter. (!!)“

„Gott segne das ehrsame Handwerk!“ müssen wahrscheinlich auch die Schornsteinfegerlehrlinge sagen, denn das Handwerk, das sie erlernen sollen, steckt bekanntlich noch tief im mittelalterlichen Zunft- und Zopfwesen. Und jener Meister, der der Öffentlichkeit die Schäden seines Handwerks nennt, ist sozusagen ein weißer Schornsteinfeger unter den schwarzen. Er bemerkt übrigens weiter in seiner Broschüre:

In den Kreisen der Meister klagt man wohl über schlechtes und betrunkenes Personal, daß sie aber durch ihre Eigennützigkeit, gewissenlose und ehrlose Handlungen den Lehrling zum Säufer und Spitzbuben erziehen, scheinen sie nicht wissen zu wollen.

Ist es somit ein Wunder, wenn 33⅓ Prozent aller Schornsteinfeger vom Beruf abgehen und sich als Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter durch die Welt schlagen? Die dem Beruf fern bleiben, sind in der Mehrzahl gute und brauchbare Kräfte.

Welcher Art die geistige Kost ist, die den Lehrlingen in den konfessionellen Jünglingsvereinen vielfach geboten wird, dafür gab Genosse Julian Borchardt kürzlich im preußischen Abgeordnetenhaus eine Probe, als er ausführte, daß in deren Bibliotheken Bücher geführt werden mit dem vielsagenden Titel: „Die Räuber aus Maria Kulm“, „Der Mord in der Zwiebelgasse“. Das ist eine skandalöse „Jugendpflege“, — wie das neueste offiziell geprägte Wort dafür lautet — und es läßt sich daran ermessen, wie groß die Unehrlichkeit derjenigen ist, die mit sittlicher Entrüstung der Sozialdemokratie den Vorwurf machen, sie leite die Jugend irre. Dabei ist mit allem, was in den freien Jugendorganisationen — die man nach dem Beispiel der Benennung der Gewerkschaften einfach sozialdemokratisch nennt, um sie den Behörden zu denunzieren — mit allem also, was in diesen Organisationen der Arbeiterjugend geboten wird, ist jederzeit vieltausendfältig zu beweisen, daß es das Beste vom Guten ist. Freilich, die proletarische Jugendorganisation hat das größte Interesse daran, daß einigermaßen an der Arbeiterjugend wieder gut gemacht wird, was die Volksschule mit ihrem Religions- und Geschichtsunterricht (von anderem gar nicht zu reden) verwüstete. Selbst der oben erwähnte Pastor Classen jammert in den „Grenzboten“ in einem Artikel „Die Jugend und die Sozialdemokratie“:

„Die Schule gerät in einen Zustand innerer Unsicherheit. Während den Kindern vieles mehr gelehrt wird als früher, wissen und können sie oft weniger. Auf der anderen Seite fühlen die Behörden sich verpflichtet, recht konservativ zu sein, namentlich im Religionsunterricht. Dadurch wird in die Lehrerschaft eine gefährliche innere Spannung gebracht: innerlich nach Neuerungen strebend, oft skeptisch durch und durch, soll sie im Religionsunterricht starr in den alten Bahnen beharren. Der Religionsunterricht unserer Volksschule ist unpsychologisch durch und durch. Wir wollen Christen sein wie unsere Väter. Aber so wenig jemand nach der griechischen Grammatik des Melanchthon heute unterrichten würde, so unmöglich ist es, Religionsunterricht in der Methode des sechzehnten Jahrhunderts zu geben; und doch wird es versucht. Der erschütternde Zusammenbruch religiöser Sitte und Lebensauffassung in unserem Volke sollte uns doch endlich die Augen darüber öffnen, daß die Methode unseres Religionsunterrichts verkehrt ist.“

Wir haben natürlich keinen Anlaß, hier mit dem Herrn Pastor, der so stark in Arbeiter-Jugendpflege macht, über den Zusammenbruch religiöser Sitten usw. und die wirklichen Ursachen dafür, uns zu unterhalten, genug, wenn wir bemerken, daß neue sittliche Werte, und eine neue Lebensauffassung sich bilden, an deren richtiger Beurteilung Herrn Classen seine theologischen Scheuklappen hindern. Indes, wenn er auch nicht recht hat in dem, was er als Folgen des Religionsunterrichts in der Volksschule anspricht, so hat er doch darin ganz unzweifelhaft recht, daß dieser Religionsunterricht mit unserer Zeit und mit der Psyche des Kindes — und Arbeiterkinder haben auch eine solche — im schreiendsten Widerspruch steht. Aber Herr Classen kann noch lange seine Cassandrarufe ausstoßen, der kapitalistische Staat wird nach wie vor darauf pfeifen. Statt den Religionsunterricht abzuschaffen, jagt er die Lehrer aus dem Amt, die der „gefährlichen inneren Spannung“ nicht Herr werden können. Volksschullehrer mit gefährlicher innerer Spannung, mit Gewissenskonflikten und dergleichen, das wäre ja noch schöner! Sie sind Beamte und haben sich mit Leib und Seele an die Herren der Volksschule verkauft. Es war daher auch ganz im Sinne dieser Bewertung des Volksschullehrers, als kürzlich in einer größeren Handelsstadt, die sogar den Vorzug hat, eine „Republik“ zu sein, ein Direktor einer großen Werft den Antrag stellte, man solle angesichts der Gefahren, in welche die Arbeiterjugend durch die Sozialdemokratie gebracht werde, das Anfangsgehalt der Volksschullehrer um zweihundert Mark erhöhen. Leider geschah es nicht, obwohl — die Sozialdemokraten den Mann lebhaft unterstützten. Vielleicht versucht er's nun, eine Erhöhung der Löhne aller Arbeiter jener Werft, auf der der Herr Doktor Direktor ist, durchzusetzen. Er kann sich darauf verlassen, die gute Wirkung wird nicht ausbleiben; selbst die Sozialdemokratie würde keinen Schaden dadurch erleiden.

Doch wohin sind wir geraten? Von dem bürgerlichen Jugendfang wollten wir handeln. Seit Jahren wurde er getrieben — und immer im nationalen Sinne. Aber die Resultate waren nicht ganz befriedigend. Das wurde ganz allgemein bekannt, als die klassenbewußten Arbeiter begannen, sich selbst um ihren Nachwuchs zu bekümmern. In dem Maße, wie die proletarische Jugendorganisation gedieh, die Zahl der Abonnenten auf die „Arbeiterjugend“ stieg usw., wuchs auch die Beklemmung und Furcht auf bürgerlicher Seite. Die Furcht wandelte sich in Haß, es erschienen Erlasse preußischer Minister; Polizei und Gerichte verfolgten die freien Jugendorganisationen und ganz urplötzlich erwachte in bürgerlichen Kreisen das Herz für die Arbeiterjugend in einer Weise, die nie zuvor gekannt war. Darüber in einem weiteren Artikel.

Politische Rundschau

Deutschland.

Eisenbahnfragen im Reichstag.

Nach vierzehntägiger Osterpause nahm der Reichstag gestern seine Arbeiten wieder auf. Der Begrüßung der Abgeordneten durch den Präsidenten folgte die Trauerbotschaft von dem entsetzlichen Unglück der „Titanic“.

Die Etatsberatung wurde beim Reichseisenbahnamt fortgesetzt, nachdem der Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen einstweilen verschoben worden war. Genosse Ulrich nahm als Erster das Wort, um in gut dokumentierter Rede und mit scharfen Argumenten die Untätigkeit des Reichseisenbahnamtes anzugreifen, das allerdings ungeheuer viel tun könnte. Solange diese Wirksamkeit nicht entfaltet wird — das zeigte unser Redner an den hessischen Erfahrungen — wird die Wahrung der allein-preußischen Interessen die Schaffung einer Betriebsmittelgemeinschaft verzögern, wenn nicht verhindern.

Sogar der Präsident des Reichseisenbahnamts mußte zugeben, daß seine Arbeit nach außen in die Erscheinung tritt. Um so wichtiger und verdienstvoller erscheint ihm sein geheimnisvolles Tun, wenngleich er so ungefähr alle wertvolleren Anregungen aus dem Hause als undurchführbar ablehnt. So vor allem die reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals, die von einer sozialdemokratischen und einer nationalliberalen Resolution gefordert wird und von allen Rednern aus dem Hause unterstützt wurde. Der Regierungsvertreter suchte sich mit dem Einwand zu helfen, daß die Unfälle meist in die ersten Stunden der Dienstzeit fallen!

Heute spricht bei der Fortsetzung der Debatte zuerst Genosse Vogtherr.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Sitzung vom Dienstag, die von der Regierung geforderten und von der Budgetkommission bereits bewil-

ligten 650 000 Mk. zur vorübergehenden Verstärkung der deutschen Schutztruppen in China abzulehnen, weil diese Forderung eine notwendige Folge unserer ganzen Kolonial- und imperialistischen Politik ist.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses, das am Dienstag seine Verhandlungen wieder aufnahm, stand die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Die Debatte drehte sich zunächst um die finanztechnische Seite. Das finanzielle Bild der preußisch-hessischen-Eisenbahn ist geradezu glänzend. Im Jahre 1911, das jetzt abgeschlossen vor uns liegt, werden nicht weniger als 160 Millionen Überschüsse dem Ausgleichsfonds zugeführt werden können, obwohl man bei der Aufstellung des Etats nur auf 32,5 Millionen Überschüsse rechnete. Ähnlich günstig wird voraussichtlich das laufende Jahr abschließen, dessen Etat mit äußerster Vorsicht aufgestellt ist. Trotzdem ist an Tarifreformen größeren Stils nicht zu denken. Der Minister erklärte, man dürfe Tarife nur mit sehr großer Vorsicht und nur dann ermöglichen, wenn wirklich ein dringendes Bedürfnis dazu vorliege, und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die bekanntlich in Eisenbahnen in erster Linie kein Verkehrsinstitut erblickt, steht völlig auf demselben Standpunkte. Auch für die Beamten und Arbeiter ist nichts zu erwarten, die Besoldungsaufbesserungen gelten als abgeschlossen.

Abgesehen von rein finanztechnischen Fragen wurde von konservativer Seite auch wieder gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht. Der konservative Redner verlangt, im Interesse der Verkehrssicherheit solle den Beamten und Arbeitern verboten werden, sozialdemokratische Zeitungen zu lesen, sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen, sich der sozialdemokratischen Partei oder dem Transportarbeiterverbande anzuschließen. Ein Erlaß in diesem Sinne ist von dem Minister bereits vor längerer Zeit veröffentlicht worden.

Komisch wirkte es, wie ein Redner der freikonservativen Partei sich darüber entrüstete, daß die Buchhandlungen auf den Bahnhöfen den Reisenden die konservativen Blätter nicht genug anpreisen. In demselben Atemzuge verlangte dieser Herr das völlige Verbot aller sozialdemokratischen Schriften. Die Antwort wird ihm am Mittwoch von sozialdemokratischer Seite zuteil werden.

Von der klerikalen Regierungspartei.

In der letzten Zeit ist in der Presse wiederholt der Gedanke ausgesprochen worden, daß die Wehrvorlagen erst im Herbst zur Verabschiedung gelangen könnten. Die Etatsberatung nimmt den Reichstag fast bis Pfingsten noch in Anspruch und über Pfingsten hinaus kann man im Hinblick auf die im Januar stattgehabten Wahlen dem Reichstage schwerlich zumuten, beisammen zu bleiben. Auf der anderen Seite besteht wieder die Absicht der Regierung, die Vorlagen möglichst durchzupeitschen. Jetzt springt nun der journalistische Allerweltslakai Erzberger der Regierung zu Hilfe. In der „Märkischen Volkszeitung", einem Ableger der „Germania", wendet er sich unter Anwendung allerhand geschwollener Redensarten gegen die Verschiebung der Wehrvorlagen. Er schreibt:

„Eine Verschiebung könnte nur einen Zweck haben, wenn in der Zwischenzeit Neuwahlen stattfinden sollten und die Wehrvorlagen als Vorspann gegen die Sozialdemokratie benutzt werden sollen; aber auch dann müßte doch erst ein Konflikt zwischen Bundesrat und Reichstagsmehrheit entstanden sein, und der ist heute nicht da. Es kann aber nicht Aufgabe einer klugen Staatsregierung sein, Konflikte zu schaffen. Vom Standpunkt der Landesverteidigung spricht alles gegen eine Verschleppung, weil der 1. Oktober als der Termin der Rekruteneinstellung eine frühzeitige Verabschiedung erheischt. Die Maßnahmen der Vorbereitung der Mobilmachung, die in Frankreich und besonders in Rußland im letzten Jahr erfolgt sind, haben die Aussichten Deutschlands verschlechtert; wir müssen unter allen Umständen den alten Vorsprung wieder erlangen. Hat England seinen Zweimächtestandpunkt als ehernes Rüstungsgesetz aufgestellt, braucht das Reich als erste Militärmacht den Vorsprung in der raschen Mobilmachung als erste Friedensgarantie. Die in England mit fieberhafter Eile beschleunigte Schaffung des Expeditionskorps von 150 000 Mann zeigt jedem Sehenden, daß eine „Front nach drei Richtungen" nahegerückt ist; da hängt von der Schnelligkeit der Mobilmachung für uns die endgültige Entscheidung des Krieges ab. Sollen wir Deutsche bei solcher Sachlage nun hadern, zaudern, verschleppen, derweil andere sich gegen uns rüsten? Ähnlich steht es bei der Flotte; die Schwäche unserer Seewehr in den Tagen der Rekruteneinstellung (September und Oktober) darf sich nicht wiederholen; man hat von den englischen Maßnahmen im September 1911 wahrhaftig genug. Nur wenn England ein Offensiv- und Defensivbündnis mit Deutschland eingehen würde, könnte man eine andere Haltung einnehmen."

Es genügt, diesen aufdringlichen Schreibübungen gegenüber, darauf hinzuweisen, daß das Zentrum, bevor es Regierungspartei war, nicht nur auf eingehendster Beratung aller Heeresvorlagen bestanden, sondern auch gegen die meisten dieser Vorlagen gestimmt hat. Erzberger selbst hat über dieses Blatt aus der Geschichte des Zentrums eine eingehende Darstellung in seinem ABC-Buche gegeben.

Zu den Wehr- und Deckungsvorlagen.

Die Berliner Morgenblätter begnügen sich am Dienstag damit, den Wortlaut der Vorlage nebst der Begründung einfach abzudrucken. Lediglich die fortschrittliche Presse sagt einige Worte zu den Wehrvorlagen; sie ist von der Notwendigkeit der Vorlage überzeugt und mokiert sich nur darüber, daß eine eingehende Begründung nicht gegeben wurde. Das ist alles, was die Presse der Fortschrittler an den Wehrvorlagen auszusetzen hat. Die Regierung hat offenbar eine Begründung auch garnicht für nötig gehalten, weil sie die Dienstwilligkeit der bürgerlichen Parteien einschließlich der Fortschrittler kennt und auf eine glatte Annahme ihrer Vorschläge auch ohne Begründung rechnen kann. Die „Deutsche Tageszeitung" interessiert sich mehr für die Abänderung des Branntweinsteuergesetzes. Sie bezweifelt, daß durch den Entwurf über die Aufhebung des Branntweinkontingents die schweren Bedenken gegen diesen Gesetzesvorschlag beseitigt worden sind. — Wie bestimmt verlautet, wird der Reichskanzler in den nächsten Tagen mit den Führern der bürgerlichen Parteien verhandeln; es ist geplant, zu veranlassen, sich bei der Beratung der Wehrvorlagen auf kurze Erklärungen zu beschränken. Daß ihm das gelingt, ist sehr wahrscheinlich. Damit würden die sozialdemokratischen Redner die einzigen sein, die eine kritische und ablehnende Stellungnahme zum Ausdruck bringen.

„Alles in Ordnung."

Herr v. Bethmann-Hollweg war sechs Stunden lang in München, er ist nach der Wohnung des bayerischen Ministerpräsidenten gefahren und hat dort seine Karte abgegeben. Freiherr v. Hertling ließ sofort anspannen und fuhr nach der bayerischen Gesandtschaft, wo der Reichskanzler weilte, um dort seine Karte abzugeben. Daß der Reichskanzler und der bayerische Ministerpräsident eine persönliche Begegnung vermieden, mußte umsomehr auffallen, als doch gerade die brennende Frage der Auslegung des Jesuitengesetzes sehr begründeten Anlaß zu einer Aussprache hätte bieten müssen. Der Kanzler traf nachmittags 4 Uhr in München ein, nachts 10 Uhr reiste er weiter, er hat die Reise in München unterbrochen, angeblich, um sich von der langen Eisenbahnfahrt etwas auszuruhen. Warum er gerade in München ausruhen mußte, weiß man nicht, im sonnigen Südtirol wäre es gewiß angenehmer gewesen. Erklärlich, daß daraus die Meinung entstehen mußte, daß zwischen München und Berlin eine tiefe Mißstimmung vorhanden ist. Dem tritt nun die halbamtliche Münchener Korrespondenz Hoffmann entgegen. Verstimmungen beständen nicht, es handle sich nur um eine verschiedene Rechtsauslegung des Bundesratsbeschlusses vom 5. Juli 1872, mit der die Reichsleitung noch nicht befaßt worden sei. Die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte Auffassung sei lediglich die der preußischen Kultusverwaltung.

Daß aber diese Verschiedenheit der Rechtsauffassung erst jetzt, nach 40 Jahren, zutage tritt, ist doch immerhin etwas sonderbar. Der Versuch, die ganze Sache auf eine Meinungsverschiedenheit zwischen Bayern und dem preußischen Kultusministerium zurückzuführen, klappt nicht, denn die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 3. April veröffentlichte Note spricht kurz und bündig von einer Prüfung der Sache durch diejenige Stelle, welche verfassungsgemäß zur Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze berufen ist. Diese Note konnte nur aus der Reichskanzlei stammen, nicht aber vom preußischen Kultusministerium. Letztere Stelle hat sich erst vernehmen lassen, als in der „Germania" behauptet wurde, die bayrische Auslegung decke sich mit den Anweisungen, die an die preußischen Oberpräsidenten ergangen sind. Es handelt sich also um eine Differenz zwischen dem Ministerium Hertling und der „verfassungsmäßig zur Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze berufenen Stelle". Diese Stelle aber ist der Kaiser, in seiner Vertretung der Reichskanzler. Unter diesen Umständen scheint also zwischen Berlin und München doch nicht alles so sehr in Ordnung zu sein.

Der preußische Justizminister als Wahlhelfer der Junker.

Aus dem Wahlkreise des Grafen Kanitz, Ragnit-Pillkallen, wird über Maßregelung von Gerichts- und anderen Beamten berichtet:

Bei den letzten Wahlen trat dem Grafen Kanitz zum ersten Male ein nationalliberaler Kandidat entgegen, der die Gefahr einer Niederlage in einer Stichwahl bedenklich nahe rückte. Das brachte die Junker so in Harnisch, daß sie Dampf hinter die Behörden machten. In Ragnit mußte Seminardirektor Turowski den Vorsitz im Nationalliberalen Verein niederlegen. Auch sein Nachfolger, Katasterkontrolleur Hübner, wurde von seiner vorgesetzten Behörde gezwungen, den Vorsitz niederzulegen. Genau so erging es dem Vorsitzenden des Nationalliberalen Vereins in Pillkallen, Amtsrichter Havenstein. Ihm wurde amtlich eröffnet, daß sein Verhalten höheren Ortes beanstandet und von ihm für die Zukunft in politischen Dingen eine größere Zurückhaltung erwartet werde. Selbst dem stellvertretenden Schriftführer im Nationalliberalen Verein in Pillkallen, einem Amtsgerichtssekretär, wurde im Dienstaufsichtswege angedroht, er habe gewisse Nachteile zu erwarten, wenn er sein Amt im Nationalliberalen Verein nicht niederlege. Dem Mann ist nichts anderes übrig geblieben, als dem Druck nachzugeben, während Amtsrichter Havenstein seinen Vorsitz beibehalten hat. In Ostelbien herrscht die „kleine, aber mächtige Partei", wie man sieht, noch uneingeschränkt.

Hilfe für Bassermann.

Der Provinzialvorstand der nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz hielt am Sonnabend eine Sitzung ab, in der er sich mit dem Vertretertag der nationalliberalen Partei beschäftigte. Es wurde beschlossen, alle rheinischen Wahlkreise aufzufordern zum Vertretertag Delegierte zu entsenden und zwar solche Delegierte, die an der Führerschaft Bassermanns und an der von ihm geleiteten Politik festhalten, dabei aber auch auf die Geschlossenheit der Partei hinwirken wollen. Die beabsichtigte Satzungsänderung, die sich gegen die Jungliberalen richtet, soll in einer besonderen Vorstandssitzung besprochen werden.

Die Oberversicherungsämter.

Die neu zu errichtenden Oberversicherungsämter sollen nach einer zwischen dem Reichsamt des Innern und den Bundesregierungen erfolgten Verständigung am 1. Juli ds. Js. organisiert werden.

Es werden in Preußen bei den 36 preußischen Regierungen Oberversicherungsämter eingerichtet, die mit Oberregierungsräten und Regierungsräten als leitende Beamte zu besetzen sind.

Der Reichskanzler gibt im Reichsanzeiger bekannt, daß der Bundesrat über die Pauschbeträge, die von den Versicherungsträgern zu den Kosten der Oberversicherungsämter zu entrichten sind, folgendes bestimmt hat:

1. Die Versicherungsträger haben für jede Spruchsache, an der sie beteiligt sind, als Pauschbetrag zu entrichten: aus dem Gebiete der Krankenversicherung 18 Mk., aus dem Gebiete der Unfallversicherung 16 Mk., aus dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 18 Mark.

2. Diese Festsetzung gilt bis zum 1. Januar 1915.

Eine Interpellation wegen der Nichtbestätigung des Oberbürgermeisters Roth

ist im sächsischen Landtag von der Fortschrittlichen Volkspartei eingebracht worden. Die Petition hat folgenden Wortlaut:

„Ist die Entscheidung des Kreishauptmanns zu Bautzen, durch welche der Wahl des Landtagsabgeordneten Dr. Roth zum Oberbürgermeister von Zwickau die Bestätigung versagt wird, im Einvernehmen mit der königlichen Staatsregierung ergangen? Wenn nicht, billigt die Regierung die Nichtbestätigung Dr. Roths?"

Ein unheimlicher Gast

ist an der badisch-württembergischen Grenze aufgetreten: die Pocken. Sie sind in Mühlacker zuerst beobachtet worden und haben sich bis nach Singen (Amt Durlach) unweit Karlsruhe verbreitet. Die Träger dieser Blattern sind polnische Arbeiter, welche von dem großen Ziegeleiunternehmen (Vetter-Pforzheim) als Kuli auf den in jener Gegend erworbenen Ziegelbrennereien beschäftigt sind. Arme Leute, die vor Schmutz und Entbehrung ein Leben des Tiefstandes führen und vereinigten Kapitalisten aus Pforzheim und Karlsruhe die Dividenden sichern, während sie kein gutes Hemd am Leibe tragen und durch einen unverständlichen Arbeitsvertrag von den Agenten an den Platz gebunden sind. Man hat teilweise den Verkehr mit den Ziegeleien gesperrt, die dort wohnenden Leute von der Musterung und Kontrollversammlung ferngehalten. — Die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Kammer bringt die Gefahr zur Sprache.

Jesuitenerlaß und Militärvorlage.

Nach der „Neuen preuß. Korrespondenz" ist eine Verständigung über den Jesuitenerlaß zwischen Preußen und Bayern im Werke. Verständlich wird die Nachricht, wenn man die Drohung des führenden Zentrumsblattes Süddeutschlands, der „Augsburger Postzeitung" in Betracht zieht, die gegen die neue Militärvorlage einen Artikel aus der Feder eines höheren Offiziers bringt. Der Verfasser des Artikels wirft die Frage auf: Verhütet die neueste Verstärkung der Armee einen Krieg oder nicht? Er verneint die Frage. Die geplante Verstärkung werde, da sie zu unbedeutend sei (!) einen von den Gegnern gewollten und geplanten Krieg nicht verhüten, welcher nur unmöglich gemacht werden kann dadurch, daß wir unsere ganze gesamte wehrfähige Jungmannschaft zum Kriege ausbilden. Dies sei zu erreichen durch Verkürzung der Dienstzeit. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis:

„Der Reichstag sollte sich also entschließen, die Regierungsvorlage als nicht zweckentsprechend abzulehnen und die einjährige Dienstzeit für alle Fußtruppen, die zweijährige für die Kavallerie anzunehmen, mit der Bedingung, daß alle Tauglichen der Armee zugeführt und kriegstüchtig ausgebildet werden."

Der Artikel ist von jener Seite nichts mehr und nichts weniger als ein schlauer Jesuitenkniff, ein Schachzug, der in dem Streite um den bayerischen Jesuitenerlaß seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 17. April.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten.

Zu Mitgliedern der Preßkommission des „Lübecker Volksboten" wählte die Versammlung der tätigen Genossen die Genossen A. Beck, W. Bromme, B. Hoff, F. Mehrlein und F. Möller. Die Adresse des Vorsitzenden der Preßkommission ist: A. Beck, Dornestraße 26.

Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip! Die „Lübeckischen Anzeigen" nämlich. Das Blatt behauptete gestern abend unter Bezugnahme auf den Streik der Kellner im Volkshause in Gotha, daß die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin die allerschlechtesten Löhne bezahle. Daran wird dann folgende Bemerkung geknüpft: „In der sozialdemokratischen Presse sind solche Vorkommnisse natürlich nicht zu lesen; dort findet man nur Entrüstungsartikel über angebliche Hungerlöhne im Dienste nichtsozialdemokratischer Arbeitgeber." Man muß sich beinahe über die Dreistigkeit wundern, mit welcher das Amtsblatt seine wenigen Leser anlügt, denn es weiß ganz genau, daß der „Volksbote" ebenso wie die ganze sozialdemokratische Parteipresse den wirklichen Sachverhalt eingehend und wahrheitsgemäß dargestellt hat. Daraus konnten die „Lübeckischen Anzeigen" ersehen, daß den streikenden Kellnern ein Stundenlohn von 50 Pfg. garantiert worden war und daß der vollbeschäftigte Tageskellner einen garantierten Monatslohn von 120 Mk. — er hatte tatsächlich mehr — sowie volle Beköstigung erhielt. Es würde uns lieb sein, wenn das Amtsblatt uns auch nur einen bürgerlichen Restaurationsbetrieb in Lübeck nennen könnte, in dem ähnliche Löhne an Kellner gezahlt werden. Dazu ist es aber nicht imstande. Aber im Verleumden ist das amtliche Organ unserer Behörden, das im eigenen Betriebe die minimalsten Löhne zahlt, sehr forsch. Und nicht erst seit heute und gestern!

Die Verfinsterung der Sonne durch den Mond, die für heute mittag von den Astronomen angesagt war, ist tatsächlich pünktlich eingetroffen. Die Berechnungen über den Zeitpunkt haben somit genau gestimmt. Bei der herrschenden klaren Luft konnte man den interessanten Vorgang durch geschwärzte Gläser gut beobachten. Gegen 1 Uhr mittags war ungefähr die Hälfte der Sonne verdeckt. Um 1,27 Uhr war nur noch ein ganz schmaler halbkreisförmiger Streifen der Sonne zu sehen. Dann nahm die Verfinsterung wieder ab. Eine Verdunkelung der bisherigen Tageshelle sowie eine kühlere Temperatur war deutlich zu bemerken.

Wer stiehlt dem Volke Brot und Kartoffeln? Über dieses Thema sprach am Montag abend in einer großen, von mehr als 1000 Personen besuchten Volksversammlung der Genosse Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn-Berlin. Die trefflichen, oft von Zustimmungskundgebungen unterbrochenen Ausführungen können wir wegen Platzman-

gel nur in gedrängter Kürze wiedergeben. Zunächst beschäftigte sich Redner mit dem durch die Anti-Alkoholausstellung in der Katharinenkirche hervorgerufenen lebhaften Kampf der Alkoholinteressenten gegen die Abstinenzbewegung. Diese Herren hätten es sich etwas kosten lassen, davon wäre auch hier in Lübeck der Beweis erbracht. Nicht allein, daß sie sich zu einer von bürgerlichen Abstinenten einberufenen Versammlung gegen den Alkohol einen Herrn aus Hamburg importiert hätten, der dort die bedrohten Interessen der Fuselbrenner und Bierbrauer in Schutz nehmen sollte, hätten sie auch zwei Flugblätter herausgegeben, die bei dem unkundigen Leser den Anschein erwecken können, als seien diese Flugblätter extra für Lübeck angefertigt. Weit gefehlt. Diese entstanden vielmehr im Presse-Bureau des Deutschen Brauerbundes und wurden im ganzen deutschen Reich und darüber hinaus im voraus verteilt, um bei etwaiger Agitation der Alkoholgegner sofort unter die Massen geschleudert zu werden. Dieses Pressebureau versieht auch einen großen Teil der bürgerlichen Zeitungen mit alkoholfreundlichen Artikeln und Notizen, und da diese Zeitungen vielfach auf die Unterstützung der Alkoholinteressenten angewiesen sind, die ihnen Riesensummen in Gestalt von Inseraten usw. zukommen lassen, so werden solche Zusendungen anstandslos in die Zeitungen lanciert. Nur die sozialdemokratische Presse, frei und unabhängig dastehend, weise solche Aufträge stets zurück. Eins dieser Flugblätter bezeichnet die auf der Anti-Alkoholausstellung ausgestellten anatomischen Präparate als übertrieben und als groben Unfug, welches Argument schon deshalb in sich zusammenfällt, als diese Präparate dem Eppendorfer Krankenhause entliehen und getreu der Natur nachgebildet sind. Des weiteren behauptet ein Flugblatt, nicht der Alkohol sei schuld an den schlimmen Folgeerscheinungen, sondern die Unreinheiten, die früher dem Alkohol anhafteten, jetzt aber nicht mehr vorhanden seien, infolgedessen auch sein Genuß gefahrlos sei. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Dank unserer wunderbaren Steuergesetzgebung, die den Schnaps immer höher besteuert, greife die Alkoholindustrie zu Mitteln, die man früher nicht kannte, damit der Trinker möglichst dasselbe Quantum für sein Geld bekomme. So hat die Analyse verschiedentlich festgestellt, daß dem Schnaps scharfe Ätzkali, Pfefferkalt usw. beigemengt worden sind. Der beste Beweis sei wohl der Methyl-Schnaps, der zurzeit das Berliner Gericht beschäftigt und dessen grauenhafte Wirkungen uns allen durch die Geschehnisse vor Augen geführt wurden. In dem Flugblatt waren ferner als Beweis dafür, daß die Entartung der Organe des Trinkers nicht in dem Masse geschieht, wie es in den Präparaten dargestellt wird, die Äußerungen eines Herrn Dr. Fränkel herangezogen, indem man dessen Ausführungen — fälscht. In Wirklichkeit bestätigt dieser Herr nur alles, was die Alkoholgegner sagen. Im Februar dieses Jahres hielt nämlich der Geheimrat Dr. Fränkel, Professor in Halle, eine Rede, in der er u. a. ausführte:

> Beobachten wir demgegenüber einen Gewohnheitstrinker, dann können wir insbesondere in Hirn und Rückenmarck schwere Veränderungen wahrnehmen, die natürlich weit böiere Folgen aufweisen. Zuerst leiden Schlagfertigkeit, Kraft und Ergiebigkeit des Denkens, bis schließlich allgemeine Abstumpfung und andere krankhafte Zustände eintreten, wie z. B. unbegründete Eifersucht. Die Verdauungswerkzeuge, Rachen und Kehlkopf, namentlich die Leberzellen entarten, um durch faserige Massen von Bindegeweben ersetzt zu werden; die schließlich steinharte Säuferleber entwickelt sich, ganz zu schweigen von der Mitleidenschaft, in die häufig genug das Herz und die anderen Gefäße gezogen werden.

Diese Ausführungen wurden in der „Tageszeitung für Brauereien" veröffentlicht. Also statt einer Verneinung wieder eine Bestätigung der Richtigkeit der Präparate. Redner erinnerte des weiteren daran, daß wir bereits ein Phosphor-, ein Bleiweiß-Verbot hätten, da deren Schädlichkeit klar zutage getreten seien; dem lieben Freunde Alkohol in Gestalt von Schnaps usw. entgegenzutreten, dazu könne sich die Regierung aber nicht aufschwingen, aus Gründen, die sehr durchsichtig sind. Nun würde mancher Lübecker sagen, bei uns ist der Alkoholverbrauch nicht so schlimm. Aber auch dies stimme nicht, denn im Deutschen Reiche betrage der Alkoholverbrauch jährlich rund drei Milliarden Mark. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen würde der Verbrauch für Lübeck zirka 4 600 000 Mk. betragen. Lübeck gäbe aber allein 6½ Millionen für Bier aus, woraus sich ergebe, daß die kleine Republik Lübeck wohl Ursache habe, dem Alkoholgenuß kräftig Einhalt zu tun.

Nunmehr auf das Thema „Wer stiehlt dem Volke Brot und Kartoffeln" übergehend, führte Referent aus, daß schon Ende Februar die Reichstagsdebatten anläßlich der Kartoffel-Interpellation zur Genüge bewiesen hätten, daß lediglich unsere schnapsbrennenden Junker schuld sind, wenn in manchen Jahren ein Mangel an Kartoffeln derart vorhanden ist, daß das gesamte Volk darunter leidet, dann nicht weniger als drei bis vier Zehntel der gesamten Kartoffeln werden in Sprit verwandelt; das sind 300 Millionen Doppelzentner Kartoffeln, die dem Volke als Nahrungsmittel entzogen werden. Die Junker stellen es so dar, als ob diese Berechnung eine irrige sei, da Schnapskartoffeln nicht als Eßkartoffeln verwendet werden könnten. Selbst wenn dies richtig wäre, könnten an Stelle dieser minderwertigen Sorte nicht gute Eßkartoffeln gepflanzt werden, wodurch dem Volke ein notwendiges Nahrungsmittel erhalten bliebe? Die Unverschämtheit dieser Herren gehe auch daraus hervor, daß vor zwei Jahren so ein preußischer Junker schrieb: „Der liebe Gott habe ein Einsehen gehabt und die große Dürre geschickt, damit die Preise wieder in die Höhe gingen." Schlechte Kartoffelernten sichern also den Schnapsbrennern hohe Preise. Angesichts dieser Tatsachen müsse man alles aufbieten, um die Junker an ihrer empfindlichsten Stelle, dem Geldbeutel, zu strafen, und so faßte die sozialdemokratische Partei 1909 auf dem Leipziger Parteitag den bekannten Schnappsboykottbeschluß, der, wie die Statistiken ergeben, den Junkern elf Millionen aus den Taschen gezogen habe. Die Regierung habe aber sofort ein Einsehen gehabt und das Kontingent herabgesetzt, ihren Günstlingen zuliebe. Leider sei aber der Boykott abgeflaut, nicht einmal ein Jahr habe er angehalten. Da sei es hohe Zeit, daß das Versäumte nachgeholt werde und sei zu hoffen, daß zur Ehre der Partei unter den Antragstellern, die vom diesjährigen Parteitag in Chemnitz eine Erneuerung dieses Boykotts fordern, auch Lübecks Sozialdemokratie vertreten sei.

Fast noch schlimmer als die Schnaps-Interessenten seien die Brauerei-Kapitalisten, indem sie unter der Vorspiegelung, das Bier enthalte nur 3—4 Proz. Alkohol, die Unschädlichkeit, ja die gesundheitlichen Wirkungen desselben anpreisen. Das sei ein ungeheurer Trugschluß, denn es komme auf die Menge an, die konsumiert werde und im Laufe der Zeit werde dem Körper gerade so viel oder noch mehr Alkohol zugeführt als beim Schnapsgenuß, während außerdem diese Unmenge Flüssigkeiten, die dem Körper zugemutet würden, die Gesundheit des festesten Mannes untergraben müßten. An der Hand eines reichen Materials wies Redner nach, wie viel von dem für die Volksernährung so wichtigen Getreide, Zucker usw. der Allgemeinheit entzogen würde, um in Bier umgewandelt zu werden. Seien doch in Deutschland 27 466 Hektar Ackerflächen allein für die Brau-Industrie bestellt. Würden die Erzeugnisse dieses Bodens statt in der Brauerei in Schall und Rauch aufzugehen, dem Volke erhalten bleiben, so würden diese Produkte, in Nährwerte umgerechnet, folgendes ergeben: 226 Millionen Eiweiß, 48 Millionen Fett, 1⅓ Millionen Stärke und 66 Millionen Kilogramm Mineralsalze. Ein geradezu ungeheurer Verlust für die Volksernährung! Im Hinblick auf diese Tatsachen sei es Pflicht aller Kulturmenschen, mit ganzer Kraft diesem Übel, dem Alkohol in jeder Form, entgegenzutreten. Die Zeit des „trinkfesten Deutschen" sei vorbei, die Wissenschaft habe einen anderen Weg gewiesen, den einzuschlagen besonders die Arbeiterschaft alle Ursache habe; sehen wir doch schon, daß die Jugend unserer Bourgeoisie sich mannhaft bemüht, an Stelle der Erholung in der Kneipe, wie es sonst üblich war, durch Ausflüge, Wanderungen, gesunden Sport usw. ihren Körper zu stählen, ihre Gesundheit zu festigen. Möge die Arbeiterschaft nicht zurückstehen, möge sie zeigen, daß wenn einst die Zeit kommt, wo die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische sich vollzieht, ein gesundes, sittlich und moralisch hochstehendes Geschlecht vorhanden ist! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Nachdem trotz mehrfacher Aufforderung sich Gegner nicht gemeldet, ergriff Genosse Frank das Wort, um zu konstatieren, daß jene Herren, welche in der Zentralhallen-Versammlung der Guttempler weniger durch logische Entgegnungen als durch rüpelhaftes Benehmen sich bemerkbar gemacht hatten, nicht den Mut hätten, im Gewerkschaftshause zu erscheinen. Hier wären sie allerdings besser bedient worden.

Genosse Dietz charakterisierte zunächst das Verhalten der Alkoholinteressenten, welche die am 10. April in den Zentralhallen tagende Versammlung der Guttempler durch Lärmen zu stören versuchten. Heute, wo ihnen Gelegenheit gegeben sei, vor einer großen Versammlung die Ansichten der Alkoholgegner zu widerlegen, glänzen sie durch Abwesenheit oder haben nicht den Mut, für ihre Behauptungen einzutreten. Sodann geht Redner auf die in der Zentralhallenversammlung von dem Sprecher der Gastwirte eingebrachte Resolution ein. In dieser wird von maßlosen Übergriffen der hiesigen Abstinenten gesprochen. Für solche Behauptungen fehlten aber alle Beweise. Maßlose Übergriffe wären aber z. B. die Ausführungen eines Gastwirtes auf dem 80. deutschen Gastwirtetag in Braunschweig, der erklärte, daß die Mäßigkeitsfanatiker sich an der deutschen Jugend versündigen; ferner daß die Krieger von 1870 den Alkohol als bestes Mittel im Kampf betrachtet hätten, mit Blaßgesichtern werde die feindliche Nation in einem Kriege bald fertig werden. Zum Schluß appellierte Redner an die Versammelten, den Kampf gegen den Alkohol energisch aufzunehmen und recht zahlreich dem Arbeiter-Abstinentenbund beizutreten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Sozialdemokratische Frauen. Am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, findet eine gemeinsame Besichtigung der interessanten Antialkohol-Ausstellung in der Katharinenkirche statt. Treffpunkt vor dem Gewerkschaftshaus um 3¾ Uhr. Da die Ausstellungsleitung für fachkundige Führung sorgt, wird von den Frauen, denen ja allgemein die Alkoholfrage besonders nahegeht, der Ausstellung lebhaftes Interesse entgegengebracht werden.

Ein Flieger sollte gestern nachmittag auf dem neuen Landungsplatz bei Karlshof an der Israelsdorfer Allee eintreffen. Trotzdem nachmittags kurz nach 5 Uhr die Signalschüsse der Hafenbatterie ertönten, konnte man Herrn Wynmalen — so heißt der Flieger — und seinen Apparat nirgend entdecken. Zahlreiche Neugierige warteten lange und vergebens. Wie uns vom Verein für Luftfahrt mitgeteilt wird, mußte Herr Wynmalen wegen Motordefekts bei Neu-Rahlstedt landen und den Aeroplan per Bahn nach Wandsbek transportieren lassen, wo er heute repariert wird. Der Flug nach Lübeck soll bei günstigem Wetter morgen nachmittag unternommen werden.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im März 1912. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1911); es betrug die Zahl der

	Summe		auf 1000 Einwohner	
Eheschließungen	49	(48)	5,80	(5,74)
Geburten	177	(189)	20,97	(22,38)
Sterbefälle	127	(132)	15,06	(15,79)

Die Eheschließungen nahmen also gegen das Vorjahr um 1 zu, die Geburten dagegen um 12 und die Sterbefälle um 5 ab. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung belief sich also auf 50 (57). Unter den Geborenen waren 21 oder 11,86 Prozent (21 oder 11,11 Prozent) unehelich und 1 oder 0,56 Prozent (8 oder 4,23 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 14 (24) Fällen auf unter 1 Jahr und ging in 32 (30) Fällen auf über 70 Jahre hinaus. Todesursachen waren in 14 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane (insbesondere Herzkrankheiten), in je 11 Krebs und Gehirnschlag und in 10 Lungenschwindsucht. Ansteckende Krankheiten führten 16 mal zum Tode, 7 mal Typhus, 4 mal Diphtherie, 2 mal Keuchhusten und je 1 mal Scharlach, Genickstarre und Wochenbettfieber. Zur Anzeige gebracht wurden 89 solcher Krankheiten, 28 mal Diphtherie, je 21 mal Masern und Scharlach, 18 mal Typhus und 1 mal Wochenbettfieber. Gewaltsamen Todes starben 5, davon 4 durch Selbstmord und 1 durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung endete mit einem Verlust von 587 Personen; 1404 Zuzügen standen 1991 Abzüge gegenüber. Der März weist immer einen Wanderungsverlust auf, 1911 belief er sich auf 489 Personen.

R. **Schöffengerichts-Sitzung** vom 16. April. Unverbesserlich scheint der Maschinenbauer P. gen. L., zu sein, der sich wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Im Februar ds. Js. hatte er eine dreimonatige Strafe wegen schweren Diebstahls verbüßt. Sofort nach seiner Entlassung aus dem hiesigen Gefängnis stahl er ein Fahrrad, das vor einem Zigarrengeschäft in der Hansastraße stand. Dieses Deliktes wegen schickte ihn das Gericht auf sechs Monate ins Gefängnis. — Ein Urteil, das für Zimmermeister von Interesse ist, fällte das hiesige Schöffengericht, vor dem sich ein Zimmermeister aus Travemünde wegen Bauübertretung verantworten mußte. Er hatte nämlich in einem Bodenraum die Verschalung der Wände vorgenommen, ohne den Raum zu schließen, wie es die Bauordnung fordert. Dieses Vergehens wegen hatte der Angeklagte ein Strafmandat über 5 Mk. erhalten. Da er nun der Meinung war, daß Verschalungsarbeiten zu Außen- und nicht zu Innenarbeiten gehören, so hatte er gerichtliche Entscheidung beantragt. Zur Verhandlung am gestrigen Dienstag war ein Sachverständiger geladen. Das Gericht hielt die Strafe von 5 Mk. für angemessen, da es auch der Ansicht war, daß — wie auch der Sachverständige ausgeführt hatte — Verschalungsarbeiten zu Innenarbeiten zu rechnen sind. — Ein trauriges Sittenbild entrollte eine weitere Verhandlung vor dem Schöffengericht. Verhandelt wurde wegen Diebstahls, Anstiftung zum Diebstahl, Hehlerei und Bettelns gegen die Schulknaben B—a, S—cht, W—l, gegen den Arbeiter M—a, dessen Frau und dreizehnjährigen Sohn und gegen den Arbeiter P—i. Der Angeklagte M. konnte der Arbeit keinen rechten Geschmack abgewinnen. Aus diesem Grunde ließ er für sich „arbeiten". Er veranlaßte die jugendlichen Angeklagten L., S. und W. den Schaukasten eines Kaufladens in der Holstenstraße zu plündern. Zu diesem Zwecke hatte er dem L. einen Nagel gegeben mit den Worten: „Besorgt mir was!" Besonders mußte der kleine S. für ihn sorgen. Dieser stahl denn auch des Nachts aus einer Tasche seinem Vater 82 Mark. Den größten Teil des Geldes verbrauchte die Familie M. und der Angeklagte P. Sie kauften ein Tesching, Stiefel usw., doch ließen sich die Jungen auch etwas zugute kommen, indem sie eine Vergnügungsreise nach Travemünde unternahmen und außerdem die Kinos besuchten. Als Belohnung für die Diebstähle versprach M. den Jungen, sie mit nach Dänemark zu nehmen. Auch schickte der Angeklagte seine beiden Jungen aus, Nahrungsmittel und Kleidungsstücke zu erbetteln. Die Jungen L. und S, die bereits wegen Diebstahls Gefängnisstrafen erhalten haben, wurden zu zwei Wochen bezw. einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Anstifter M. erhielt sechs Monate Gefängnis und vier Wochen Haft, seine Frau eine Woche und sein Sohn einen Monat Gefängnis. Dem unvorbestraften P. wurde eine Gefängnisstrafe von einem Monat wegen Hehlerei zudiktiert. W. kam mit einem Verweis davon.

Mit einer Havarie und dem Untergang des Viehtransportdampfers „Stadt Kappeln", der ständig auf Lübeck fuhr, hatte sich vor zwei Wochen das Flensburger Seeamt zu beschäftigen. Wir haben über die Verhandlungen eingehend berichtet. Gestern wurde folgender Spruch verkündet: Der Unfall des Dampfers „Stadt Kappeln" am 10. September 1911, wobei ein Bullauge eingedrückt wurde, ist auf die mangelhafte Befestigung des Rahmens an der Schiffswand zurückzuführen. Ein Verschulden liegt nicht vor. Die Maßnahmen nach dem Unfall entsprechen den Umständen. Die Besatzung des Dampfers mit Offizieren entsprach nicht der Vorschrift vom 16. Juli 1903. Der am 5. Februar erfolgte Untergang desselben Dampfers ist herbeigeführt durch die herrschenden schwierigen Eisverhältnisse, in denen der Dampfer durchschnitten und zum Sinken gebracht wurde. Der Untergang wurde begünstigt durch das Alter des Schiffes, die Herstellung aus Eisen und die übrige Bauart. Ein Verschulden des Schiffers ist nicht nachgewiesen; die Maßnahmen des Kapitäns, des Maschinisten und des Kapitäns vom Kontor Rasmussen entsprachen der Sachlage und wurden mit großer Energie ins Werk gesetzt und ausgeführt. Das Verhalten der Personen, insbesondere des Schiffers Rasmussen, verdient volle Anerkennung.

pb. **Fahrraddiebstähle und kein Ende.** Vom Hausflur eines Hauses der Breiten Straße ist im Laufe der verflossenen Woche ein Fahrrad gestohlen worden. Das Rad trägt die Marke „Schnell", es hat schwarzes Gestell und Felgen, etwas nach oben gebogene Lenkstange, Freilauf pp. Die Polizeinummer ist 11 135. — Am 14. d. Mts. ist vom Hausflur eines Hauses der Hüxstraße ein Fahrrad, Marke „Carola" gestohlen worden. Das Rad, das die Polizeinummer 4198 trägt, hat schwarzes Gestell und Felgen, nach unten gebogene, mit Vorbau versehene Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittbremse.

Die bekannte Schriftstellerin Ida Boy-Ed, die hier in Lübeck wohnt, feiert heute ihren 60. Geburtstag.

Die Ringkämpfe im Hansa-Theater. Gestern abend spielten sich u. a. zwei erbitterte Kämpfe ab. Zuerst rang Lucien Gambier gegen Kriechelsdorf. Nach 14 Minuten siegte Gambier über seinen Gegner. Hermann Reglin aus Lübeck warf seinen Gegner Wallmann in 9 Minuten. In 18 Minuten war der Kampf zwischen Petitjean und Callon zugunsten des ersteren beendigt. Schließlich erlitt Winzer durch van Andree seine erste Niederlage.

Neues Stadttheater. Morgen gelangt die glänzend ausgestattete burleske Operette „Der Mikado" zur Wiederholung.

Hamburg. Aus der Kirche ausgetreten sind, wie das Komitee „Konfessionslos" berichtet, in Hamburg mehr als 20 Volksschullehrer unter Führung des Rektors Gustav Höft. Die Reaktionäre aller Schattierungen werden wieder Gift und Galle spucken.

Altona. Der Streikbrecher als Verbrecher gegen das keimende Leben. Der Tischler Kuley aus der Barnerstraße ist während des Tischlerstreiks als Rausreißer nach Altona gekommen. Jetzt hatte er sich wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu verantworten. Die Verhandlung war geheim. Das Gericht verurteilte ihn wegen Beihilfe zur versuchten Abtreibung zu acht Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte anderthalb Jahre Gefängnis beantragt.

Neumünster. Die Aussperrung der Textilarbeiter. In allen hiesigen Textilfabriken wurde laut Beschluß des Fabrikantenvereins gestern morgen um 6 Uhr mit der Entlassung des Personals begonnen. Die Entlassung wird für die Weber in der Weise durchgeführt, daß sie zunächst das angefangene Stück Tuch fertigzustellen haben, während die ungelernten Arbeiter, soweit sie nicht im Kündigungsverhältnis stehen, sofort ihre Papiere erhalten. Die Gesamtzahl der Personen, die für die Aussperrung in Betracht kommen, beträgt 1800.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Mängel im Straßenbahnbetrieb auf der Moislinger Linie. Fast jeden Abend nach Arbeitsschluß — also zwischen 6 und 7 Uhr — kommt es vor, daß am Lindenplatz 10 bis 15 Moislinger Arbeiter, die die Fahrgelegenheit nach ihrer Wohnung benutzen wollen, stehen gelassen werden, weil die Wagen überfüllt sind. Schon wiederholt ist das Personal der Straßenbahn ersucht worden, Abhilfe zu beantragen. Aber es ist heute noch allabendlich nötig, um diese Zeit am Lindenplatz den Moislinger Wagen zu stürmen, damit man nicht zurückbleiben muß. Zum großen Teil sind die in Frage kommenden Arbeiter mit an der Zeichnung der Garantiesumme beteiligt. Sie haben also ein Interesse daran, daß der Betrieb voll ausgenützt wird. Wir hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die Betriebsverwaltung der Straßenbahn zu veranlassen, zwischen 6 und 7 Uhr den Moislinger Wagen einen Anhänger beizugeben.

Mehrere Moislinger Arbeiter.

Briefkasten.

H. L. Wir bitten um Angabe Ihres Namens und Adresse, da anonyme Zuschriften keine Berücksichtigung finden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres einzig lieben Sohnes **Willi,** besonders Herrn Pastor Haensel, den Lehrern und Schülern unsern aufrichtigsten Dank.

Familie **Adolf Müller.**
Geverdesstraße 51 a.

Für bewiesene Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau, sowie Herrn Pastor Evers für seine trostreichen Worte sagen hiermit unsern herzlichen Dank.

Chr. Görtz und Angehörige.

Für die Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter **Emma,** insbesondere Herrn Pastor Hoyer für die trostreichen Worte sagen wir hiermit unsern herzlichen Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Familie Holdt.
Clever Landwehr.

Eine freundliche, abgeschlossene
Zwei-Zimm.-Wohnung
zu verm. Näh. Chaisotstr. 18, p. vorne.

Zum 1. Juli
1 Zweistuben-Wohnung
Hundestraße 28.

Zum 1. Juli eine **Zwei-Zimmer-Wohnung,** Preis 170 Mk.
Schwartauer Allee 96.

Zum 1. Juli **kleine Drei-Zimmer-Wohnung** zu vermieten, Preis 170 Mk.
Moislinger Allee 139 a.

Gesucht zum 1. Mai
ein Mädchen
zum Alleindienen bei kinderlosen Eheleuten. Näheres
Hüxstraße 110, part.

Zu verkaufen ein fast neuer mod. **Jackettanzug,** Größe 48.
Ludwigstraße 6, I.

Gesucht zu sofort ein jung. **Ziehhund.** Angebote mit Preis unter **P G** an die Exped. d. Bl.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Sozialdemokratische Frauen.

Besichtigung der Antialkohol-Ausstellung
in der Katharinenkirche
Donnerstag, den 18. April 1912
nachmittags 4 Uhr.
Eintritt frei.
Treffpunkt: Gewerkschaftsh. ¾4 Uhr.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H.

Die Eröffnung unserer Warenabgabestelle 17
Ecke Morkerkestraße und Reiherstieg
erfolgt am Dienstag, dem 16. April 1912.

Durch Eröffnung dieser Warenabgabestelle ist es auch den Mitgliedern des Hüxtertors möglich, ihre Waren in der Nähe vom Verein zu entnehmen, wir hoffen, daß jedes Mitglied es sich angelegen sein lassen wird, uns recht viele, dem Verein noch fernstehende Männer und Frauen zuzuführen.

Unser Prinzip ist: Gute Ware zu billigen Preisen.

Der Vorstand.

Gesucht zu sofort
ein gewandter Hausdiener.
Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50—52.

Zentral-Verband der
Zimmerer.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 18. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Krieg oder Frieden im deutschen Baugewerbe im Jahre 1913? Ref.: Kam. Holst, Hamburg.
2. Der Betonbau u. die Zimmerer.
3. Die Lehrlingsfrage.
4. Maifeier.
5. Wahl eines Kolporteurs.
6. Abrechnung vom 1. Quart. 1912.
7. Kartellbericht.
8. Innere Verbandsangelegenheit.

Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kameraden dringend notwendig.

Der Vorstand.

Lastadiearbeiter!

Sektions-Versammlung
Donnerstag, 18. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52
Tages-Ordnung:
1. Maifeier.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Kollegen, erscheint zahlreich.

Der Vorstand.

Zentral-Hallen
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.

Die Säuglinge stehen jetzt im Mittelpunkte des allgemeinen Interesses. Wenn man über ihre künstliche Ernährung spricht, so wird man in den meisten Fällen auch den Namen „Kufeke" hören, denn dieses Präparat hat während der langen Zeit seines Bestehens seine Vorzüglichkeit erprobt. Es ist nahrhaft und leicht verdaulich, enthält die nötigen Nährstoffe für den kindlichen Organismus in der richtigen Zusammensetzung, wird von den Kindern gern genommen und ist durch seine Ergiebigkeit billig im Gebrauch.

Samenhandlung Schelm & Wege
Wilhelm Vollert
Mengstraße 10. **Haus Adler-Apotheke.**

Des Lieferanten-Essens
wegen ist mein Lokal heute **Mittwoch,** von 7 Uhr abends an
geschlossen.
Karl Schlüter, Untertrave 88-89.

Ahrbergs
Hannoversche
Wurst-, Aufschnittwaren und Fleischkonserven
aus der rühmlichst bekannten Fabrik von
Fritz Ahrberg, Hannover-Linden,
ausgezeichnet mit mehreren goldenen Medaillen und Ehrenpreisen,
bekommt man täglich frisch
in der Verkaufsstelle
93 Königstr. 93.
Tel. 2698.

J. O. G. T.
Volks-Unterhaltungsabend
am Donnerstag, dem 18. April, abends 8 Uhr
im Konzerthaus „Flora"
unter Mitwirkung namhafter Künstler.
Eintritt frei gegen Lösung eines Programms zu 15 Pfg.

HANSA-THEATER
Tel. 610. Dir. Reinh. Gollbach. Tel. 610

Um den Preis von **6000 Mk.** ringen Donnerstag

H. Reglin (Lübeck)	gegen	**Gebhardt** (Berlin)
A. Sturm (Weltmeister)	gegen	**Petitjean** (Hannover)
H. Winzer (Hamburg)	gegen	**Hissmann** (Westfalen)
Mamutow (stärkster Ringer v. Rußland)	gegen	**Callon** (Luxemburg)

Vorher das **Variété-Programm.** Anfang 8½ Uhr.

Zu verkaufen 2 Stebe, passend für Maurer oder Gärtner.
Kleine Burgstraße 31/2.

Meyer's Kaffee
in Paketen.
Beste Qualitätsmarke.
Direkter Import.
Hamburg, Freihafen.
Nur zu haben bei:

Lübeck, Stadt:
H. Beckmann, Engelsgrube 51, T. 2633.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8, T. 849.
Ernst Henk, Mühlenstr. 50, T. 1587.
Wilh. Kalm, Inh.: **Wilh. John,** Schüsselbuden 5, Teleph. 1154.
Löhnmann & Co., Kurze Königstraße 127, Teleph. 272.
Gust. Magaard, Johannisstraße 13, Teleph. 1923.
Eduard Speck, Hüxstr. 80, T. 593.
Carl Fr. Timm, Glockengießerstr. 16, Tel. 2414.
Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11, Teleph. 867.
Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59, T. 410.
Ad. Wichmann, Beckergrube 56, T. 325.

Burgtor:
Fr. Frahm, Lützowstraße 13.
Carl Hudoffsky, Marlistraße 44, Telephon 1761.
Ludw. Welcher, Inh. **Johs. Elvers,** Lange Reihe 2a, Teleph. 528.

Hüxtertor:
Rud. Brincker, Hüxtertor-Allee 5, Teleph. 360.
O. Kreutzfeldt, Travelmannstr. 21, Teleph. 9045.
Ernst Lüth Nachf., Spillerstr. 5, T. 493.
Carl Piper, Blücherstr. 23, T. 8955.

Mühlentor:
Gebr. Begasse, Uhlandstr. 7, T. 491.
W. Gielfeldt, Friedrichstr. 1, T. 2241.
Max Petersen, Ratzebg. Allee 40, T. 824.

Holstentor:
Fedder J. Behm, Hansastraße 97, Telephon 1596.
Otto Bähnck, Friedenstr. 76.
Ad. Danielsen, Moisl. Allee 26, T. 1810.
Bernh. Grube, Lachsen-Allee 25, T. 2264
Johs. Schröder, Ziegelstr. 14.
Johs. Schwang, Schwartauer Allee 5, Teleph. 1809.
Carl Trost Nachfg., Fackenburger Allee 55, Teleph. 1990.

Paul Oldenburg, Fackenburg, T. 2018.
Aug. Lembcke, Cleverbrück, T. 2215.
Paul Draguhn, Schwartau, T. 1789
J. U. Kröger, Travemünde, Torstr. 1, Tel. 1.
Derselbe. Kaiser-Allee 5a, Tel. 43.
J. U. Kröger, Niendorf a. O., T. 16.
J. Haht, Pansdorf.
K. Barkmann, Schlutup.
P. Marquardsen, Schlutup.
P. Krellenberg, Selmsdorf.
Heinr. Prange, Zarpen.

Vertreter **Otto Hahn, Lübeck.**

Besonders frühe **Rosenkartoffeln** und sehr schöne **Magnum-bonum-Pflanzkartoffeln** abzugeben.
Hermann Block, Moislinger Allee 14.
Fernruf 1287.

UNIVERSUM
Heute 8¼ Uhr:
Neuer bunter Teil.
Dazu Kalnbergs burl. Schlager
Unsere Ulanen.
Entree: 20 Pfg.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, den 18. April 1912.
Voll-Ab. 177. Donnerstag-Ab. 30.
Der Mikado.
Komische Operette von Sullivan.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Freitag, den 19. April 1912.
Voll-Ab. 178. Freitag-Ab. 29.
Novität! **Novität!**
Der Arzt am Scheideweg.
Komödie in 5 Akt. v. Bernh. Shaw.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater
am Sonntag, dem 28. April 1912
nachmittags 2½ Uhr präz.
Undine.
Komisch-romantische Oper von A. Lortzing.
Preis der Karte 75 Pfg., inklusive Garderobe.

Die **Auslosung der Plätze** erfolgt am **Sonnabend, dem 27. April,** von 6½ bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstr.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der numerierten Billette zurückzugeben.

Während der Ouverture bleiben die Türen geschlossen.

Karten sind im Gewerkschaftshaus, im Parteisekretariat, in der Expedition des „Lübecker Volksboten" und in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.

Für unsere Mitglieder sind Karten bis zum Sonnabend abend in der Expedition zu haben. **Der Vorstand.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 90. Mittwoch, den 17. April 1912. 19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 16. April 1912.

38. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp.

Präsident Dr. Kaempf: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, glaube ich dem Schmerze darüber Ausdruck geben zu müssen, daß ein großes Schiffsunglück Hunderte von Menschenleben, ja vielleicht mehr als Tausend verschlungen hat. Der Dampfer „Titanic" der englischen White-Star-Linie gehörig, ist untergegangen und hat viele Menschenleben in seinen Schiffbruch hineingezogen. Wir sprechen unser schmerzliches Bedauern aus über das Unglück, das in erster Linie das englische Volk betroffen hat. In zweiter Linie all die Nationen, die Angehörige auf dem Schiffe haben. Sind wir doch nicht sicher, daß nicht auch unsere Nation unter dem Unglück schwer zu leiden hat. Ich danke Ihnen für den Ausdruck des Bedauerns und des Schmerzes, den Sie dadurch bewiesen haben, daß Sie sich von den Plätzen erhoben haben.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts. Sie setzt ein mit der Beratung des

Reichseisenbahnamtes.

Ulrich (SD.): Nahezu 500 000 Mark sind für dieses Amt angefordert. Es lohnt sich daher, die Frage aufzuwerfen, was das Institut des Reichseisenbahnamts eigentlich leistet. Es gibt Kreise, die es für ein tot geborenes Kind halten. Eigentlich ist es in Wirklichkeit ein Amt ohne Amt, eine Behörde, die sehr wenig tun kann, weil sie ihre Aufgaben zu begrenzt auffaßt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Reichseisenbahnamt entsprechend den Bestimmungen der Verfassung eigentlich eine Behörde mit ganz besonderer Initiative sein sollte, die dahin wirken müßte, daß wir Reichseisenbahnen im weitesten Sinne des Wortes erhalten, und daß ihr Aufsichtsrecht in jeder Hinsicht ausgebildet wird. Bisher hat das Amt zur Entwicklung eines Reichseisenbahnwesens so gut wie nichts getan. Das ist am deutlichsten in die Erscheinung getreten in der Zeit, wo mit den verschiedenen Einzelstaaten über die Frage einer Betriebsmittelgemeinschaft und der dann glücklich zustande gebrachten Güterwagengemeinschaft verhandelt wurde. Damals hätte der Misere der Behandlung der Einzelstaaten durch Preußen durch das Eingreifen des Amtes ein Ende gemacht werden können, aber davon hat man nichts vernommen. Das völlige Versagen des Amtes scheint mir ein Symptom dafür zu sein, daß seitens der in Frage kommenden Beamten überhaupt keine Neigung besteht, den durch die Reichsverfassung festgelegten Gedanken des Reichseisenbahnwesens zu propagieren. Man stellte dem großen Bruder Preußen die kleinen Brüder einzeln gegenüber und suchte so für Preußen ganz unzulässige Vorteile herauszuholen. Ich halte diese Entwicklung für eine recht unglückliche. Besonders bei dem Abschluß der Eisenbahnverträge mit Hessen und Baden hat die Absicht vorgeherrscht, möglichst eine Einheit in der Richtung der preußischen Auffassung herbeizuführen. Am schlechtesten ist dabei Hessen weggekommen. Aber Versuche des preußischen Geheimrats Kirchhoff in seinem Buche „Die deutsche Eisenbahngemeinschaft" das wegzuleugnen, scheitern an den feststehenden Ziffern und daran, daß man nun in Hessen selbst anfängt zu begreifen, daß dieser erste Vertrag, den Preußen mit einem Kleinstaat abgeschlossen hat, für Hessen außerordentlich unglücklich gewesen ist, nicht bloß in der Richtung, daß man die Hoheitsrechte nicht genügend gewahrt hat, das wäre uns höchst gleichgültig — sondern weil Hessen fast jeden Einfluß auf die Gestaltung des Eisenbahnwesens innerhalb seiner Landesgrenzen verloren hat. Der ganze verkehrspolitische Einfluß des Landes ist so gut wie eliminiert, und man fühlt in Hessen, daß der dominierende Faktor der Gemeinschaft sich sehr wenig um die Interessen des hessischen Volkes kümmert. Im Preußischen Abgeordnetenhaus hat man sich über die Klagen Hessens beschwert. Aber die Eingeseiften haben wohl noch das Recht, darüber zu klagen, daß das Messer gar zu schartig ist und den Raseur zu ersuchen, etwas mehr Menschlichkeit zu üben. (Heiterkeit.) Hier sollte das Reichseisenbahnamt dem Kleinstaat zu Hilfe kommen (Sehr wahr! b. d. Soz.), vor allem angesichts der großen finanziellen Belastung, die Hessen aus diesem Vertrage erwachsen ist. Das Eingreifen des Amtes ist um so notwendiger, weil durch die Klagen Hessens die anderen Staaten davon abgehalten worden sind, sich der preußisch-hessischen Gemeinschaft anzuschließen, so daß es zu einer allgemeinen Betriebsmittelgemeinschaft nicht gekommen ist. Der preußisch-hessische Vertrag muß geändert werden. Wenn man behauptet, der Vertrag könne überhaupt nicht gekündigt werden, so muß das Amt darauf sehen, daß diese Ewigkeitsdauer beseitigt wird, die einfach gegen die guten Sitten verstoßen würde. Interessant ist, daß der später abgeschlossene Vertrag mit Baden tatsächlich dem entgegenkommt, was in Hessen seit Jahrzehnten gefordert worden ist. Dieser Vertrag ist der hessischen zweiten Kammer erst durch die Veröffentlichung des Geheimrats Kirchhoff bekannt geworden. (Hört, hört!) Die Geheimhaltung des Vertrages läßt sich nur so erklären, daß man damals schon die Unhaltbarkeit des hessischen Vertrages erkannt hatte. Das Reichseisenbahnamt sollte daher eingreifen, um das, was für Baden möglich gewesen ist, auch für Hessen zu erreichen. (Sehr richtig!) Das Reichseisenbahnamt darf nicht vom Reichseisenbahnamt tot geschlagen werden. Es muß dafür sorgen, daß eine einheitlich große Betriebsmittelgemeinschaft für das ganze Reich durchgesetzt wird auf Grund der Gleichberechtigung aller Kontrahenten. Sämtliche Eisenbahnen müssen vom Reich erworben werden, schon im Interesse einer einheitlichen deutschen Gesamtverkehrsregelung. Das wäre sehr wohl durchzuführen, wenn wir nur einiges ablassen wollten von den Ausgaben für Marine und Kolonien. Eine weitgehende Ermäßigung der Personen- und Gütertarife wäre auch nur möglich, wenn der gesamte Verkehr vom Reich geregelt würde. Das Reichseisenbahnamt muß sich an die Spitze der deutschen Eisenbahnverkehrsbehörden stellen und dafür sorgen, daß auf den Standpunkt der Gleichberechtigung aller Eisenbahnen besitzenden Bundesstaaten gemeinsam einheitlich gearbeitet wird im Interesse der Nation. (Beifall b. d. Soz.)

Schwabach (natl.): Gegen eine Aufhebung des Reichseisenbahnamtes hat sich seinerzeit auch der Abgeordnete Singer sehr energisch ausgesprochen. Gewiß, die Befugnisse, die wir dem Amte wünschen, hat es nicht, aber der Kreis seiner Aufgaben ist doch noch ein recht bedeutsamer. Ich möchte fragen, wie weit die Verhandlungen gediehen sind über eine Vereinheitlichung des Personen- und Gepäckverkehrs. Dringend notwendig ist eine Erleichterung der Abfertigungsvorschriften beim Zollverkehr. Es soll eine Vereinbarung jetzt herausgekommen sein, die mit einem großen Teil der jetzigen Zollplackereien aufräumt. Redner befürwortet weiter einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Dienst- und Ruhezeit des deutschen Eisenbahnpersonals reichsgesetzlich geregelt wird, und wünscht eine Eisenbahngemeinschaft mit Einschluß Bayerns.

Schirmer (Ztr.) stimmt der nationalliberalen Resolution betreffend die Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahner zu.

Dr. Haas-Karlsruhe (Vpt.) Das Reichseisenbahnamt hat seine Hauptaufgabe, die Wahrung der allgemeinen Verkehrsinteressen nicht erfüllen können. Gegen den Konkurrenzkampf zwischen deutschen Eisenbahnen müßte das Amt jedenfalls Front machen. Der Eisenbahnwagenverband hat sich vortrefflich bewährt, für den Verkehr genügen aber 2 Klassen. (Eine Reichseisenbahngemeinschaft ließe sich wohl durchführen. Vor allem müßte das Amt dafür sorgen, daß die Lokomotivführer einen wirklichen Ruhetag in der Woche haben. Das Amt würde sich damit ein großes Verdienst um unsere tüchtigen Beamten und um die Betriebssicherheit erwerben. (Bravo!)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp: Die Tätigkeit des Amtes wird sehr unterschätzt, da sie wenig nach außen in die Erscheinung tritt. Weder von Preußen noch von Hessen ist bisher die Anregung an das Reich gelangt, vermittelnd einzugreifen. (Hört, hört! rechts). Über den internationalen Reiseverkehr ist ein neues Übereinkommen geschaffen. Ein Entwurf zur Regelung der Haftpflicht für Frachtschäden liegt vor. Ein Bedürfnis zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Ruhezeit der Beamten kann ich nicht anerkennen. Daß keine Gefährdung der Betriebssicherheit vorliegt, habe ich im vorigen Jahre statistisch nachgewiesen. Die Mitteilungen aus Beamtenkreisen beweisen nichts für eine Überbürdung. Lange Schichten kommen nur bei leichtem Dienst vor. Solche Mitteilungen müssen also durch die Mitteilung der Dienstpflichten ergänzt werden. Die meisten Unfälle kommen sogar in den ersten vier Dienststunden vor. Durch eine reichsgesetzliche Regelung würde nur die notwendige ständige Fortbildung sehr erschwert werden. In der Schweiz ist man mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeiten wenig zufrieden. Die Betriebssicherheit ist dort schlechter geworden. Die Regelung des Dienstes auf den deutschen Bahnen ist befriedigend; Erleichterungen können allerdings erfolgen. Die Verkürzung der Dienstzeit um nur eine Stunde würde aber die beteiligten Verwaltungen 45 Millionen kosten. Den Bestrebungen auf Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens steht das Amt mit großem Interesse gegenüber; aber die deutschen Eisenbahnen besitzen schon jetzt eine weitgehende Einheitlichkeit in den Betriebseinrichtungen. Vor allem wird zu prüfen sein, welche Richtlinien bei weitergehenden Einigungsbestrebungen zu gelten haben. Zunächst werden diese von den beteiligten Bundesstaaten selbst ausgehen müssen, zumal sie wichtige Hoheitsrechte dabei aufgeben müssen. Wer das große Ziel der vollen Zusammenschweißung der deutschen Bahnen in zufriedenstellender Weise erreichen will, kann es nur in der Weise, daß er auf den früheren Plan des Fürsten Bismarck zurückgreift und für die Übertragung der Bahnen auf das Reich eintritt (hört, hört!). Warum das unmöglich sein soll, vermag ich nicht einzusehen (hört, hört! rechts). Zugunsten des Reichs würden die Bundesstaaten eher auf ihre Hoheitsrechte verzichten können, wie das bei verschiedenen Verwaltungszweigen bereits geschehen ist. Aber sie wissen alle, aus welchen Gründen der Bismarcksche Plan seinerzeit gescheitert ist. Daß er heute mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden könnte, muß ich entschieden bezweifeln.

Will (Els.): Daß die größte Zahl der Unfälle in die ersten Stunden der Dienstzeit fällt, beweist nichts gegen die Behauptung, daß das Betriebspersonal überbürdet sei, sondern spricht vielmehr dafür. Nach der zu kurzen Ruhepause sind die überbürdeten Beamten noch nicht genügend ausgeruht, und erst wenn wieder eine Gewöhnung an den Dienst eingetreten ist, kommen weniger Unfälle vor. Die 45 Millionen, welche eine Stunde Dienstzeitverkürzung kosten würde, können die Eisenbahnverwaltungen bei ihren großen Überschüssen recht wohl tragen (sehr richtig).

Behrens (WVg.): Die Bestimmung, daß, wenn ein Monarch fährt, neben dem Lokomotivführer immer ein Regierungsrat sitzen muß, sollte beseitigt werden. Im kaiserlichen Automobil sitzt ja auch kein höherer Beamter neben dem Chauffeur. Den Anträgen auf reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Personals stimmen wir zu. Die Löhne sollten wenigstens im gleichen Wirtschaftsgebiet gleich sein. Klarheit muß auch über den Umfang geschaffen werden, in welchem eine Einschränkung des Streik- und Koalitionsrechtes zugestanden werden kann. Daß in einem Elektrizitätswerk deshalb, weil es für die Eisenbahnen Kraft und Licht liefert, das Koalitionsrecht eingeschränkt

---

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine Bewegung ihrer feinen Hand genügte ihn zurückzuhalten, so wie die Bremse den Zug zum Stehen bringt.

„Warten Sie. — — Ich habe einen Auftrag für Sie. — — Ist die Watson bereit?" fragte sie Anna de Beuil.

„Sie will noch nicht recht, aber sie wird sich schon fügen."

Alsdann schrieb sie auf einen Briefbogen mit dem Stempel des „Werkes" einige Zeilen, die sie laut überlas:

„Mein liebes Kind, nächsten Mittwoch legt Mistreß Watson ihr öffentliches Bekenntnis auf das Evangelium ab. Bei dieser Gelegenheit werden wir eine schöne Zusammenkunft im Saale B. 59 Avenue des Ternes abhalten. Ich rechne sehr darauf, Sie dort zu sehen.

Die Ihrige in Christo."

Dann unterzeichnete sie, übergab den Brief ihrem Manne, indem sie ihm anempfahl, denselben noch an diesem Morgen besorgen zu lassen und erteilte ihm noch mehrere Aufträge: Korrekturbogen für die Druckerei, eine Bestellung auf dreihundert Bibeln und ebenso viel „Tägliches Brot", den Stimmer für das Harmonium des Saales B. zu benachrichtigen. Was noch? — Nein, sonst nichts mehr.

Auf der Schwelle wendete er sich noch einmal um, sein Bedauern über die verfehlte Zusammenkunft und verunglückte Unterredung auszudrücken, wollte sprechen, wagte es aber nicht, und ging mit großen wütenden Schritten fort, hinter sich die Tür zuschlagend.

„Was hat er denn?" fragte Anna de Beuil.

Johanna zuckte mit den Achseln:

„Immer dasselbe." — Und sie setzte hinzu: „Sage Jegu, daß er einen neuen Riegel an mein Zimmer macht — — — der, welcher daran ist, hält nicht mehr."

„Der Sturm dieser Nacht wahrscheinlich," meinte Anna de Beuil — — „das ganze Haus erzitterte."

Und sie sahen sich an, ohne zu lachen, mit ihren verschlossenen kalten Gesichtern.

Achtes Kapitel.

Mistreß Watsons Bekenntnis.

In der Avenue des Ternes, neben einer Omnibusstation, traten am Abend Frau Ebsen und ihre Tochter in den Hof eines von Arbeitern bewohnten Häuserkomplexes; derselbe war nur schwach durch ein breites Oberlichtfenster erleuchtet, auf dem die Worte: „Evangelischer Saal" standen, und dessen rötliches Licht dem der Polizeilaterne glich. Am Eingange, in dem Zwischenraum einer mit grünem Kattun überzogenen Doppeltüre, teilte ein Mann kleine Bücher, Traktate, Psalmen aus, welchen er das Programm der Abendversammlung beifügte, die bereits begonnen hatte, als sie anlangten.

Der Raum, eine frühere Werkstatt, erst kürzlich in einen Betsaal umgewandelt, war groß und hoch und zeigte noch unter der weißen Tünche der Mauern an Stellen, auf welche das grelle Licht einer Gasflamme fiel, die schwarzen Spuren der Schmiedeöfen und der Leisten, an denen die Werkzeuge gehangen. Auf etwa vierzig Bänken, die kaum zur Hälfte besetzt waren, sah man das verschiedenartigste Publikum: feingekleidete alte Frauen, einige fremde Damen, dann die Handlungsdiener des Authemanschen Hauses, Neugierige, Bummler aus dem Stadtviertel, die es wohlfeiler fanden, hier am Ende einer Bank zu schlummern, als im Cafehause, ferner Arbeiterkittel, Kopftücher von Straßenkehrerinnen, — deren Zunft die meisten Lutheraner in Paris zählt — auch fünf oder sechs Soldaten mit geschorenem Kopfe und feuerroten Ohren, endlich einige mit Fetzen bedeckte alte Bettler aus den Kirchen-Vorhallen, die für ihre Frömmigkeit nach der Stunde bezahlt wurden, mit weinroten oder erdfahlen vertierten Gesichtern, und zwischen ihnen eine Bettelfrau inmitten eines Haufens zerlumpter regungsloser Kinder, welche ein Stück Brot aßen.

Auf dem Podium, wo die hagere Figur Anna de Beuils den Takt eines Psalmes mit einem schwarzen Stab angab, thronte in einem großen Sessel Frau Autheman, korrekt und kalt wie gewöhnlich, vor einer Doppelreihe von evangelistischen Kragen und Lustrin-Kitteln aus den Schulen von Port-des-Heils; die weißen sich hin- und herbewegenden Seiten der kleinen Gesangbücher bildeten den einzigen lichten Punkt auf diesem dunklen Hintergrunde. Eline, welche nach hintenzu neben ihrer Mutter saß, öffnete mechanisch das luxuriös gedruckte Programm, welches folgendes enthielt:

Versammlung der Evangelistinnen.

Saal B. — 59, Avenue des Ternes.

1. Lied IV: Das kostbare Blut Jesu macht mich weiß wie Schnee.
2. Abhandlung: Die Trägheit der Seele, von Frau J. Autheman.
3. Bekenntnis des jungen Nikolaus, Zögling der Schulen von Port-des-Heils.
4. Bekenntnis der Mistreß Watson aus Cardiff: Eine Nacht in Tränen.
5. Lied XI: Sünder, fürchtet die Torheit; wendet Eure Schritte gen Kanaan.

Sie hatte soeben dieses Kauderwelsch mit Mühe enträtselt, als jemand zu ihnen trat, um sie und ihre Mutter zu bitten, doch auf der ersten Bank Platz zu nehmen, was Frau Ebsens Eitelkeit außerordentlich schmeichelte. Sie war ganz stolz, sich zwischen den Federbüschen der alten Damen zu befinden, deren Equipagen sie vor der Türe gesehen hatte, aufgereiht hinter dem Wagen der Präsidentin und den Omnibussen aus Port-des-Heils. Titel und Reichtum das waren die schwachen Seiten der guten Frau, sie machte sich denn auch recht breit in ihrer seidenen Mantille, strahlte förmlich und lächelte nach rechts und links mit der liebenswürdigen Miene einer Pensionsvorsteherin während einer Prämienverteilung. Eline schmiegt sich Schutz suchend an sie an, verlegen darüber, so gesehen werden zu können und gerade unter dem Blicke der Präsidentin zu sitzen.

Die Musik war beendet. Die Gesangbücher schlossen sich alle automatisch. Man vernahm in dem Saale das Scharren, das leise Husten eines Auditoriums, welches sich zum angestrengten Hören vorbereitet; und Frau Autheman trat bis zum Rande des Podiums vor, ihre schwarzen ganz glatten Haare unter einem Hute der ersten Modistin — denn St. Paulus untersagt den Frauen das Beten oder Predigen mit unbedecktem Haupte — und sie begann über das Schwinden des Glaubens, über die allgemeine Trägheit der Seelen zu sprechen . . . . . Es gibt keine Christen mehr unter den modernen Männern und Frauen! Man kämpft, man leidet, man stirbt nicht mehr für den Heiland. Man glaubt durch einige althergebrachte Gebete seine Pflicht gegen ihn erfüllt zu haben, Gebete, die nur mit den Lippen gesprochen werden, mit leichten Opfern, welche den Egoismus der persönlichen Meinung durchaus nicht stören. —

Eline erkannte in ihrer tiefsten Seele diese Stimme wieder, die sie so heftig bewegt hatte, die zwar kalt, aber dennoch durchdringend war, wie Eisnadelspitzen.

„Sie spricht für mich," — — dachte sie, und sie zürnte sich, daß sie hierher gekommen, obgleich sie die beherrschende Wirkung dieser Frauennatur auf ihre eigene Natur bereits kannte.

. . . . Nein, Jesus will diese erzwungene Andacht, dieses offizielle Christentum nicht haben. Was er verlangt, ist ein vollständiger Verzicht auf Prunk, auf Wohlleben, auf alle Neigungen der Welt. . . . .

werden darf, kann ich persönlich nicht billigen, ich bitte aber um eine Erklärung der Verwaltung.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. (Hernach Etat des Reichsjustizamtes.)

Schluß 6¼ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Bauarbeiter in der Provinz Brandenburg. Die Maurer in Angermünde befinden sich im Streik. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. die Stunde und Abschluß eines Vertrages. Die Unternehmer waren im Wege der Verhandlung zu einem befriedigenden Entgegenkommen nicht zu bewegen. In Königsberg (Neumark) ist es ebenfalls zum Streik gekommen. Der Stundenlohn für Maurer beträgt 36 Pfg. Das ist natürlich viel zu wenig für Saisonarbeiter, besonders als in den letzten Jahren eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung nicht eingetreten ist und der Lohn schon im Jahre 1908 35 Pfg. betrug. Es wird deshalb ein Stundenlohn von 42 Pfg. gefordert, außerdem Zuschläge für Überlandarbeit, für Wasser-, Nacht- und Sonntagsarbeit; und die üblichen Nebenforderungen. Die Unternehmer boten aber nur eine Lohnerhöhung um einen Pfennig. Durch Verhandlungen kam es in einer Anzahl Orten der Provinz Brandenburg zum Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen. In Arnswalde wurde ein einjähriger Vertrag mit 2 Pfg. Lohnerhöhung abgeschlossen, in Grossen a. O. ein dreijähriger Vertrag, der für Maurer und Bauhilfsarbeiter je 4 Pfg. Lohnerhöhung vorsieht. Desgleichen wurde bei dreijähriger Dauer den Maurern und Bauhilfsarbeitern in Mittenwalde in der Mark je 10 Pfg. bewilligt, in Schollehne 8 Pfennig und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, in Rhinow in der Mark 5 Pfg. Lohnerhöhung, in Ziebingen 4 Pfg. für Maurer und in Gassen ebenfalls 4 Pfg. In Henningsdorf in der Mark wurde ein zweijähriger Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Arbeitszeit von 9½ Stunden auf 9 Stunden verkürzt wird und für Maurer sowie Bauhilfsarbeiter 5 Pfg. und für Träger und Rüster 10 Pfg. Lohnerhöhung vorsieht. Einjährige Verträge kamen zustande in Neuruppin für Bauhilfsarbeiter mit 2 Pfg. Lohnerhöhung, in Plaue a. d. Havel für Maurer mit 3 Pfg. und in Schwedt a. d. Oder mit 2 Pfg. Lohnerhöhung. Im Lohngebiet Küstrin verweigerten die Unternehmer des Landgebietes Gorgast Tucheband usw. beharrlich die Anerkennung des Küstriner Vertrages. Sie zahlten 10 bis 12 Pfg. unter dem Vertragslohn. Durch einen sechswöchentlichen Streik ist die Durchführung des Vertrages insoweit gelungen, als den Landunternehmern die Arbeit abgenommen wurde, die nun von Küstriner Unternehmern zu den Vertragsbedingungen ausgeführt wird.

Einigungsversuche der sächsischen Regierung im Bergarbeiterstreik. Die Organisationsleitung hatte sich an das sächsische Ministerium des Innern gewandt und dessen Vermittelung im Streik der Bergarbeiter des Zwickauer und Lugau-Oelnitzer Bezirkes nachgesucht. Am Montag nachmittag hielt der sächsische Minister Graf Vitzthum im Beisein einiger Geheimräte zunächst eine Konferenz mit Vertretern der Bergarbeiter ab; dieser Konferenz wohnte auch der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Sachse, bei. Der Minister und seine Räte suchten auf Grund eines großen Zahlenmaterials, das sie von den Unternehmern erhalten hatten, den Nachweis zu erbringen, daß die Bergarbeiterlöhne ständig gestiegen seien. Die Arbeitervertreter wiesen das Gegenteil nach und erklärten das teilweise Steigen der Löhne durch Verfahren zahlreicher Überschichten, die durch die in den letzten Jahren besonders gute Konjunktur notwendig wurden. Ein positives Ergebnis hatte die Konferenz nicht. Die Vertreter der Regierung werden nun erst am Mittwoch mit Vertretern der Unternehmer konferieren.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter in Mährisch-Ostrau ist nun ihrem Abschlusse nahe. Die Unternehmer haben nun vor allem in der Lohnfrage Zugeständnisse gemacht, die eine erhebliche Verbesserung gegen den bisherigen Zustand, der unerträglich war, bedeuten. Die Vertrauensmänner der Arbeiter, die mit den Unterhändlern der Regierung die Verhandlungen führten, haben einem Abschluß der Lohnbewegung auf der Grundlage zugestimmt, ebenso die Konferenz der Delegierten der Arbeitergruppe der Bergbaugenossenschaft. Die endgültige Entscheidung liegt zwar in den Versammlungen der Bergarbeiter selbst, die in den nächsten 14 Tagen im ganzen Reviere stattfinden, doch ist anzunehmen, daß auch diese Versammlungen die Zugeständnisse als das derzeit Erreichbare akzeptieren werden. Damit ist dann im Mährisch-Ostrauer Kohlenrevier ein Kampf vermieden worden, der von noch größerer Bedeutung gewesen wäre, als der Streik im nordwestböhmischen Revier; freilich ist dieser für die Arbeiter erfolgreiche Abschluß der Lohnbewegung vor allem möglich geworden durch den siegreichen Kampf in Nordwestböhmen.

Draußen rollten die Wagen, und ihr Geräusch vermischte sich mit dem Glockenzeichen der Omnibusse, mit dem Pfeifen der Tramway-Hörner, mit den schwerfälligen und schreienden Trillern eines Dudelsackes, den ein Auvergnate im Hofe spielte. Aber der Lärm Babels und seiner Vorstädte drang nicht bis zu den Ohren der Evangelistin und störte sie nicht mehr als das mausartige Knabbern der kleinen Bettler, welche ganz hinten an ihrem Brote nagten und das [illegible] Schnarchen einiger unempfindlicher Seelen.

Gerade aufgerichtet und ruhig, mit der einen Hand ihren Umwurf über die Brust, mit der anderen ein halbgeöffnetes kleines Gesangbuch haltend, fuhr sie fort über das notwendige Verzichten auf die irdischen Neigungen und Güter zu predigen, und schloß mit einem Zitate aus der heiligen Schrift: „Wahrlich, ich sage Euch, es gibt keinen, der Haus, Vater, Mutter, Weib und Kinder aus Liebe zu mir und meiner Lehre verlassen hat, der nicht hundertfachen Lohn dafür geerntet hätte.“ Die Orgel und der Gesang ertönten von neuem und waren erquickend in dieser stagnierenden Atmosphäre zu hören, da nach der langen, trostlosen Rede eine allgemeine Abspannung sich bemerkbar gemacht. Einer der Soldaten stand auf und ging. Es wurde ihm zu langweilig und dann war es auch sehr warm unter dem Glasdache. „Sie sollten das Gas eindrehen . . .“ meinte die dicke Frau Ebsen leise, und Lina in dem Glauben ihr zu antworten, erwiderte lebhaft, fast gereizt: „Doch! — Doch! — Es steht in der Bibel.“ Plötzlich kreischte eine Knabenstimme mit vorstädtischem Akzente, mit den Mundverrenkungen eines Kontremarken-Verkäufers von dem Podium. Es war der junge Nicolaus, der Zögling aus den Schulen von Port-des-Seils. Er war fünfzehn Jahre alt, hatte hohle Wangen und unter glatten und glänzenden Haaren eine Gesichtsfarbe, wie man sie in den Fabriken findet, er wiegte sich in seinem langen Kittel hin und her, und unterbrach jedes Wort mit der Gebärde eines Gassenjungen: „Ehre sei Gott! Ich bin durch das Blut Jesu gereinigt, ich diente dem Satan, meine ganz schwarze Seele war in der Sünde versenkt. — — Nein, ich kann es niemals wagen, Ihnen die Ungeheuerlichkeit meiner Fehler zu gestehen. — —“

(Fortsetzung folgt.)

1500 Menschen ertrunken.

Dem unersättlichen Meer, dessen Grund mit Menschenleichen besät ist, sind abermals 1500 Menschenleben zum Opfer gefallen. Wir haben gestern bereits berichtet, daß der Riesendampfer „Titanic“ im Atlantischen Ozean mit einem Eisberge zusammengestoßen ist. Infolge schwindelhafter Meldungen, die von der beteiligten Reederei ausgingen, nahm man an, daß die Passagiere und Mannschaften gerettet seien. Leider haben sich die Meldungen nicht bestätigt. Die Hoffnung auf Rettung ist zuschanden geworden und 1500 Menschen fanden ein nasses Grab.

An Bord befanden sich 350 Passagiere erster, 305 zweiter Klasse und 800 Zwischendecker sowie 918 Mannschaften, zusammen 2868 Personen. Gerettet sind von dem Dampfer „Carpathia“, der auf dem Wege nach Neuyork ist, 868 Personen, meist Frauen und Kinder.

Wenn man alle die recht mangelhaften drahtlosen Berichte der „Olympic“, „Virginian“, „Carpathia“ und „Parisian“ nebeneinander hält, muß man zu dem Schluß kommen, daß überhaupt kein anderes Schiff die Unglücksstelle erreicht hatte, als die „Titanic“ sank. Einzelheiten über den Zusammenstoß der „Titanic“ mit dem Eisberge sind vorläufig noch gar nicht bekannt. Was der White Star Linie darüber in drahtlosen Telegrammen mitgeteilt wurde, hat sie ebenso wie alle anderen Nachrichten unterdrückt. Nach einigen sehr mangelhaften drahtlosen Depeschen, die von Neuyorker Zeitungen veröffentlicht werden, muß es auf der untergehenden „Titanic“ zu einer fürchterlichen Panik unter den Passagieren gekommen sein. Das Riesenschiff fuhr offenbar mit dem Aufwand aller seiner Kräfte in die Nacht hinein, obwohl es dem Kapitän Smith nicht unbekannt sein konnte, daß er ein schwimmendes Eisfeld von 75 Meilen Länge und fast ebenso großer Breite zu durchqueren hatte, in dem bereits verschiedene andere Dampfer zu Schaden gekommen waren. Kapitän Smith hatte jedoch das Unglück gehabt, das Schwesterschiff der „Titanic“, die „Olympic“, zu führen als sie, wie erinnerlich, im Hafen von Southampton mit dem Kreuzer „Hawke“ zusammenstieß. Die „Olympic“ wurde derzeit allerdings von einem Lotsen geführt, aber ein derartiger Unfall wird von den Offizieren des betreffenden Schiffes doch stets als eine Schlappe empfunden, die gutgemacht werden muß. Die White Star Line gab Kapitän Smith die Gelegenheit dazu: er sollte mit der Jungfernfahrt der „Titanic“ alle bisherigen Rekorde brechen. Deshalb also wurde selbst die Bahn der „Eisbergflotte“ mit rasender Eile durchquert. Die Südpolarforscher Sir Ernest Shackleton und andere sogenannte Sachverständige werden heute von den Blättern als Zeugen dafür angeführt, daß von Eisbergen kaum ein Achtel oberhalb der Meeresoberfläche zu sehen ist, womit natürlich beabsichtigt ist, ein etwaiges Verschulden des Kapitäns der „Titanic“ an dem Unglück zu bemänteln. Einige dieser Sachverständigen behaupten sogar, daß der sichtbare Teil eines Eisberges sehr schnell schmelze, ohne zu bedenken, daß, was oberhalb der Meeresoberfläche an Gewicht wegschmilzt, von unterhalb ersetzt wird. Ferner wird behauptet, daß die „Titanic“ auf die Eisbergflotte in einer Breite traf, wo sich solche um diese Jahreszeit selten zu zeigen pflegen. Indessen haben andere Schiffe ganz kurze Zeit vorher den Kurs des schwimmenden Eisfeldes in drahtlosen Depeschen, die sicher auch von der „Titanic“ aufgefangen wurden, nach Europa und Amerika gemeldet. Die „Daily News“ erklärt, daß, wenn die „Titanic“ die Fahrt mit derselben Geschwindigkeit wie bis zum Augenblick des Zusammenstoßes, bis nach Neuyork beibehalten hätte, sie die beste Leistung der „Olympic“ geschlagen haben würde. Daß er nichts von der Nähe des schwimmenden Eisfeldes gewußt habe, könne den Kapitän nicht entschuldigen, denn schon die Temperatur könne darüber keinen Zweifel gelassen haben.

Das Verhalten der Reederei muß zu außerordentlich scharfem Protest herausfordern. Der Neuyorker Vertreter der „Daily Mail“ telegraphiert nämlich, daß Beamte der White Star Line Mitarbeitern der „Neuyork Times“ zugestanden hätten, daß ein furchtbarer Verlust an Menschenleben zu beklagen sei. Dieses Zugeständnis zu machen, bequemten sich die Beamten erst, als sie von den Journalisten in die Enge getrieben wurden, die sie darauf aufmerksam machten, daß aus den bisher eingelaufenen Meldungen nur geschlossen werden könne, daß 868 Fahrgäste, meistens Frauen und Kinder, gerettet wurden, die sich an Bord der „Carpathia“ befinden.

Wir verzeichnen noch folgende Meldungen aus Neuyork:

Der Vizepräsident der White Star Line erläßt eine Bekanntmachung, wonach sich kein Schiff an der Unfallstelle der „Titanic“ befand. Weder die „Parisian“ noch die „Virginian“ hätten sich zu dieser Zeit in der Nähe befinden können. Die „Carpathia“ habe die Überlebenden eine Stunde nach der Katastrophe aufgenommen. Man sei über das Schicksal einzelner Passagiere unklar. Sicher sei, daß die meisten Geretteten Frauen und Kinder sind und daß 868 Menschen gerettet sind.

Das Haus der White Star Line wird von Tausenden von Menschen umlagert. Frauen und Kinder werden zuweilen in die Bureauräume hineingelassen, doch herrscht tiefes Schweigen, das nur hin und wieder von erschütterndem Schluchzen unterbrochen wird.

Jede Hoffnung auf Überlebende ist aufgegeben. Die Geschäfte sind teilweise geschlossen, die Trauer ist allgemein. Die aufregenden Szenen vor dem Gebäude der White Star Linie wiederholen sich dauernd.

Die „Titanic“ ist zwischen der Zobel-Insel und Kap Race gesunken. Sie liegt in einer Tiefe von etwa zwei englischen Meilen.

Die Brüsseler Morgenblätter teilen mit, die Versicherung des „Titanic“ und seiner Ladung belaufe sich auf 58¾ Millionen Fr. Der Dampfer hat 1¼ Millionen Pfund Sterling gekostet. Er hatte eine große Diamantenladung an Bord. Die genannte Versicherungssumme schließt natürlich nicht die privaten Unfallversicherungen ein, die viele Reisende eingegangen waren. Der Reeder Wolsfort, der hundertmal den Atlantischen Ozean durchfahren hat, erklärt, er habe niemals so viel Eis so weit südlich gesehen. Die „Vossische Zeitung“ läßt sich aus London melden: Der Riesendampfer trat seine verhängnisvolle Jungfernreise am vergangenen Mittwoch von Southampton aus an. Schon bei der Ausfahrt aus dem Hafen ereignete sich ein eigentümlicher Unfall. „Titanic“ zog mit solcher Stärke das Wasser an, daß die sieben Ankertrossen des nahebei verankerten Dampfers „New York“ brachen. Die „New York“ wurde durch die Wasseransaugung der „Titanic“ auf letztere zugetrieben. Nur durch eine schnelle Hilfe von Schleppdampfern wurde ein Zusammenstoß vermieden.

Soziales.

Fleischteuerung. Die Fleischpreise sind im Kleinhandel in der zweiten Hälfte des März außerordentlich gestiegen. Im Durchschnitt der 50 Hauptmarktorte Preußens betrug Ende März der Preis des Schweinefleisches 151,8 gegen 146,3 in der ersten Monatshälfte. Das Rindfleisch stieg von 170,1 auf 171,2 Pfg., das Kalbfleisch von 186,9 auf 188,6, das Hammelfleisch von 174,1 auf 176,4 und selbst das Pferdefleisch stieg, wenn auch nicht viel, im Preise. Es kostet im Durchschnitt jetzt 77,1 Pfg. Gegen den März des vorigen Jahres sind bei allen Fleischsorten zum Teil erhebliche Steigerungen zu verzeichnen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein salomonisches Urteil — gegen Offiziere. Fensterscheiben nächtlicherweile einwerfen, ist kein ungebührender ruhestörender Lärm. So hat die Strafkammer in Duisburg erkannt. Ein Oberleutnant Weskott hatte mit dem Leutnant v. Bösselaar eine Übung in Wesel gemacht; beide kehrten nachts spät in das Hotel zurück, dessen Tür verschlossen war. Als ihnen nicht geöffnet wurde, versuchten sie den Hausknecht zu wecken, und als das nicht gelang, gingen sie dazu über, mit großem Krach die Fensterscheiben des Hotels zu zertrümmern. Ein Schutzmann mahnte die Offiziere zur Ruhe, erhielt aber zur Antwort: „Sie brauchen ja nicht zuzusehen und können ja weggehen.“ Durch den immer größer werdenden Lärm erwachte schließlich die ganze Nachbarschaft und benachrichtigte den Hausdiener, worauf die Offiziere eingelassen wurden. Gegen beide war eine polizeiliche Strafverfügung über 6 Mk. ergangen; von Bösselaar bezahlte, während Weskott richterliche Entscheidung beantragte. Das Schöffengericht Wesel hatte die Strafe bestätigt. Weskott ging nun an die Strafkammer Duisburg. Diese hob das Urteil auf und gelangte zur Freisprechung des Offiziers. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das Gesetz nur ruhestörenden Lärm bestrafe, der ungebührenderweise erregt werde. Das sei hier jedoch nicht der Fall, weil das Einschlagen nur ein zweckdienliches Mittel gewesen sei, den Hausburschen zu wecken. — Duisburg liegt im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, der in der letzten Zeit durch die Streikurteile berühmt geworden ist. Möchten sich doch recht viele dieser salomonischen Richter finden, die ihr Urteil so vorsichtig auf die innersten Beweggründe des Täters aufbauen, auch für die Streiksünder.

Aus Nah und Fern.

Kein Pardon. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ erfährt, sind von den Familien der wegen Spionage verurteilten englischen Offiziere Trench und Ferch Gnadengesuche an den Kaiser gerichtet worden. Den Gesuchen ist nach Anhörung der zuständigen Stelle eine abschlägige Antwort erteilt worden.

Ein schweres Brandunglück hat sich in Remscheid ereignet. Dort brach in der Wohnung eines städtischen Schlachthallenwärters ein Brand aus. Der vierzehnjährige Sohn der Familie rettete seine vier Geschwister und drang dann in das Schlafzimmer seiner Eltern, um auch diese aus dem brennenden Hause in Sicherheit zu bringen. Das Rettungswerk mißlang jedoch. Eltern und Sohn wurden mit schweren Brandwunden bedeckt als Leichen aufgefunden.

Hochwasser an der Wolga. Die Wolga ist im Gouvernement Ssamara über die Ufer getreten. Wie ein Telegramm meldet, riß in der Umgegend der Stadt Ssamara das Hochwasser viele Baulichkeiten fort. Beim Uebersetzen über den Fluß sind fünf Personen ertrunken. In Ssaratow richtete der Eisgang der Wolga großen Schaden an. Sechzehn Schiffe wurden an das Ufer geworfen.

Kleine Chronik. In dem D-Zug von Stuttgart nach Karlsruhe hat Dienstag früh in einem Frauenabteil zweiter Klasse ein russischer Student aus Karlsruhe die 27 Jahre alte Kassiererin Helene Geisel aus Stuttgart aus Eifersucht erschossen und hierauf Selbstmord verübt. — Infolge Ausströmens von Kohlengas aus dem undicht gewordenen Heizkörper erkrankten in Glatz während der Eröffnungsfeier in der Aula des dortigen Gymnasiums dreizehn Schüler, meistens Sextaner und Quintaner. Die Knaben wurden in die Wohnung des Pedells geschafft, wo ärztliche Hilfe alsbald zur Stelle war; Lebensgefahr besteht bei keinem der erkrankten Schüler. — In einem Walde bei Darmstadt ist Dienstag früh ein 57jähriger Hausierer erfroren aufgefunden worden. — Aus Lemberg wird gemeldet, daß in einer nahegelegenen Ortschaft ein betrunkener Bauer in einem Wutanfall seine beiden Kinder ermordete und dann sich selbst entleibte. Eines der Kleinen hatte aus Unverstand einige Geldscheine zerrissen, was den Bauer in maßlose Wut versetzt hatte. — In Brims bei Prag wurde der ehemalige Polizei-Wachmann Krause verhaftet. Er hatte seine drei kleinen Kinder mit Schwefelsäure vergiftet. — Das Schwurgericht zu Königgrätz verurteilte den Webermeister Kral, der seine beiden Kinder und seine Schwiegermutter ermordet sowie seine Frau schwer verletzt hatte, zum Tode durch den Strang.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Kleines Feuilleton.

Forschungsreise und Photographie.

Längst hat man den Wert der photographischen Platte als Unterlage für anthropologische Forschungen erkannt. Aber bald zeigten sich eine solche Menge von Schwierigkeiten, daß manche Hoffnung, die man in die neue Erfindung setzte, schmählich zunichte wurde. Trotz der sehr vervollkommneten Technik kann man bis heute noch keine Apparate herstellen, die sich in jedem Klima bewähren würden. Man ist genötigt, Platten und Apparat in luftdicht verschließbaren Blechkästchen aufzubewahren; Films für kinematographische Aufnahmen hat man nicht länger als ein Jahr brauchbar erhalten können. Die andere Schwierigkeit liegt im Benehmen des aufzunehmenden Objekts: nicht als ob die Naturvölker dem Photographieren den meisten Widerstand entgegensetzen würden; es sind vielmehr die östlichen Kulturvölker, von denen Aufnahmen nur schwer gelingen. Sie fliehen entweder vor dem geheimnisvollen Apparat, oder halten die Hand vor das Gesicht, um den „bösen Geist" abzuwehren. Nur mit List kann man, wie wir im „Kosmos" lesen, lebenswahre Gruppenbilder erhalten: der Reisende schätzt rasch die Entfernung zu den aufzunehmenden Personen und kehrt ihnen dann ebenso rasch den Rücken. Er stellt den Apparat auf die richtige Entfernung hin, eine rasche Wendung, ein lautes „He!" an die Gruppe und schon hat die Platte die überrascht herschauenden Menschen festgehalten.

Gasthäuser für stillende Mütter.

Der Gemeinderat von Dundee in Schottland hat vor kurzem Gasthäuser für stillende Mütter errichtet. Ein Verein daselbst hatte vor zwei Jahren solche Müttergaststuben begründet; dann ging die Stadtverwaltung an die Ausgestaltung dieser Einrichtung, und im vergangenen Jahre wurden bereits 16 000 Mahlzeiten an Mütter verabreicht, wovon die eine Hälfte unentgeltlich, die andere gegen 16 Pfennige für die Portion ausgegeben wurde. Die Erfolge dieser Maßregel sind sehr günstig. Die Sterblichkeit der Arbeiterkinder betrug in den ersten vier Lebensjahren früher 25 Proz., durch die Einführung von Gesundheitsaufsehern wurde sie auf 18 Proz. erniedrigt, und durch die Einführung der Müttergaststuben ist sie auf 7 Proz. heruntergedrückt worden. Eine ähnliche Einrichtung hat auch die Stadt Hove eingeführt, die jedoch nicht besondere Müttergasthäuser verwendet, sondern Gutscheine zum Besuche anderer Gasthäuser ausgibt; die Scheine werden nachher von der Gemeinde eingelöst.

Das Frühstück des Arbeiters.

Für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Arbeiters ist das erste Frühstück von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Erfreulicherweise nehmen, wie Gewerbeinspektor Schulze in der „Sozialen Hygiene" auseinandersetzt, die meisten Arbeiter regelmäßig ein Frühstück ein, ehe sie zur Arbeit gehen. Wohnen die Arbeiter jedoch weit weg von der Arbeitsstätte und müssen sie früh die Eisenbahn benutzen, dann begnügen sie sich jedoch oft bloß mit einem Schluck kalten Kaffees und das Frühstück wird in der Fabrik während der Arbeit (? D. R.) oder in der ersten Pause verzehrt. Ein früher Beginn der Arbeit fördert bei den Arbeitern die Neigung in der Fabrik zu frühstücken. Am bedeutungsvollsten für die Einnahme des ersten Frühstücks zu Hause sind die häuslichen Verhältnisse, insbesondere die Lebensführung des Mannes und die Ordnungsliebe der Frau. Wo der Haushalt unordentlich geführt wird oder die Frau krank ist, kommt es vor, daß der Arbeiter morgens mit völlig leerem Magen das Haus verlassen und nicht einmal ein zweites reichliches Frühstück genießen kann. Nicht gering ist die Zahl der Kostgänger, welche kein erstes Frühstück zu Hause erhalten oder notgedrungen auf ein solches verzichten müssen. Ein Teil von ihnen sucht eine auf dem Wege zur Arbeitsstätte liegende öffentliche Milch- oder Kaffeeausschankstelle auf und nimmt einen warmen Frühtrunk ein. Die Zahl der Arbeiter, die wegen Verschlafens oder nicht rechtzeitigen Aufstehens keine Zeit gefunden hat, sich das Frühstück vor dem Gange zur Arbeit herzurichten, schwankt naturgemäß. Daß die Arbeiter durch die Beschäftigungsart auch in vielen Fällen gezwungen sind, vor der Arbeit zu frühstücken, sei nur erwähnt. Hierher rechnen alle Industriezweige, in denen es den Arbeitern wegen des Umganges mit gesundheitsschädlichen Stoffen verboten ist, Nahrungsmittel in die Arbeitsräume einzubringen, z. B. Bleifabriken usw. Die Zusammensetzung des Frühstückes ist auch in den Kreisen der Arbeiter verschieden. Sie beschränkt sich auf das verbreitetste Getränk, den Kaffee, der neuerdings häufiger konsumierten Milch und dem an Bedeutung abnehmenden Kakao oder Tee. Der Alkoholgenuß vor der Arbeit anstelle des ersten Frühstückes wird nur in vereinzelten Fällen bei Gewohnheitstrinkern wahrgenommen. — Leider sind auch die Fälle zahlreich, wo auf das Frühstück verzichtet werden muß, aus „Sparsamkeit", d. h. aus Mangel an Mitteln. Denn trotz hinreichender Arbeit kann ein Familienvater wohl in solche bedrängte Lage geraten, daß er am Notwendigsten „spart".

Über das Seelenleben des Hundes.

Von allen Tieren verstehen wir Menschen am besten den Hund. Dieser ist am häufigsten in unserer Nähe, daher beobachten wir ihn auch am meisten. — „Ich hatte", so schreibt Hans Fuschlberger in der „Kosmos-Korrespondenz", „eine Dachshündin, die ich mehrmals dabei ertappte, daß sie auf dem Sofa lag. Dieses auf dem Sofaliegen ist nun bekanntlich — besonders bei einer Hündin — nicht sehr zuträglich für das betreffende Möbelstück, weshalb ich sie dafür strafte. Lange Zeit sah ich sie dann nicht mehr auf diesem verbotenen Platz. Immer, wenn ich in das Zimmer kam, lag sie in ihrem Korb am Ofen. Wenn ich wegging, sprang der Hund auf eine beim Fenster stehende Truhe, um mir nachzusehen. Eines Tages ging ich wieder weg und der Hund sah mir wie gewöhnlich durch das Fenster nach. Als ich um die Ecke des Nachbarhauses gebogen war, fiel mir ein, daß ich etwas vergessen hatte und kehrte deshalb um. Da bemerkte ich, daß der Hund nicht mehr beim Fenster war. Es stieg mir ein leiser Verdacht auf. Vorsichtig schlich ich zum Fenster, um in das Zimmer zu sehen. Der Hund lag auf dem Sofa und schlief, als hätte er das reinste Gewissen von der Welt. Ich schlich wieder zurück und ging dann lauten Schrittes wie gewöhnlich durch die Haustüre, durch das Vorhaus und schließlich in meine Stube. Siehe da, der Hund lag zusammengerollt in seinem Korb beim Ofen, öffnete blinzelnd die Augen, streckte sich und kam schließlich schweifwedelnd auf mich zu, als ob es gar kein verbotenes Sofa gäbe." — Eine andere Hundegeschichte: Aus dem Hühnerstall hatte in einer Winternacht ein Fuchs acht Hühner geraubt. Am anderen Morgen suchte der erboste Hühnerzüchter die Umgebung nach dem geraubten Geflügel ab. Er hatte eine langhaarige, deutsche Vorstehhündin, „Hella" benannt. Diese griff kein Haushuhn an, weil sie kurz zuvor aus irgendeiner mit Haushühnern zusammenhängenden Ursache gestraft worden war. Mit dem Herrn war auch dessen elfjähriges Töchterlein. Dieses meinte plötzlich: „Papa, sieh einmal, die „Hella" will dir etwas sagen." Er blickte nun nach der Hündin und bemerkte, daß diese ihn ansah und dann mit dem Kopf in den Schnee zeigte. Sie machte auch einige Sprünge gegen ihren Herrn und wieder zurück, um abermals mit der Nase in den Schnee zu weisen. Als der Herr hinging, fand er dort ein vom Fuchs in den Schnee verscharrtes Huhn. Das kleine, aufgeweckte Mädchen, das viel mit dem Hunde spielte, hatte aus dessen Blick verstanden, was er gewollt. Ein Hundeauge ist ungemein ausdrucksvoll und kann gar viel sprechen. Man gebe sich nur Mühe, dessen Ausdruck zu verstehen.

Über künstlerische Zündholzschachteln

lesen wir in den „Dokumenten des Fortschritts" (Berlin, Georg Reimer): Die französische Tabakregie hat die Ausgabe neuer, mit künstlerischen Bildern geschmückter Streichholzschachteln vorbereitet. Die tatsächlich recht gewöhnlichen und nichtssagenden Bilder der Streichholzschachteln erregten schon seit langem das Mißfallen aller Gebildeten. 66 Bilder der ersten Meister, deren Originale im Louvre hängen, darunter Boucher, Drouais, Rembrandt, Rubens, van Dyck, Teniers, Fragonard, Watteau werden nun künftig zum Schmucke der kleinen Schachteln herangezogen. Der Preis von 10 Cent pro Schachtel bleibt bestehen. Eine Million der neuen Schachteln wurden in den Fabriken zu Marseille bereits angefertigt, um demnächst in den Handel zu kommen.

Aus den Witzblättern.

Der Geizkragen. Dichterling (beim Picknick): „So, jetzt will ich auch meinen Teil zum Picknick beisteuern: ich lese Euch meine Gedichte vor!"

Unverständlich. Protz: „Gott, wie sich die Leute hier haben mit ihren Veilchen und Rosen und Nachtigallen — das können sie doch alles drei Monate früher schon in Sizilien haben!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 16. Mittwoch, den 17. April 1912.

Das Zinsgeld.

Eine lustige Geschichte von Hermann Stenz.

Den Seinen gibt's der Herr im Schlafe. Das kann euch der Dachrainer Steffel bestätigen und er tut's gern. Warum, das will ich erzählen.

Also, der Steffel gehört zu jenen, von denen das Evangelium sagt, daß sie selig werden, weil sie arm im Geiste sind. Wenn das wahr ist, kriegt der Dachrainer einmal einen Sperrsitz im Himmel. Nicht allein wegen dem Evangelispruch, sondern auch weil er so fromm ist und gar so viel betet. Wenn man den Steffel auf seinem angestammten Platz in der Kirche beten sieht, ist das eine hellichte Freud. Ein großmächtiges hageres Mannsbild, ragt er über seine zwei ständigen Kirchennachbarn, den krummnasigen Pollanterbauer und den schiechen Bader Ferdl, noch im Knien einen Kopf weg. Aber was für einen Kopf! Der ist entschieden nach der Senkrechten ein bisserl zu lang ausgefallen. Obenauf sitzt ein Gupf Haare, ganz weißblond und jedes geht seinen eigenen Weg. Nur Sonntags pappt sie der Steffel mit Pomade oder, wenn grad keine daheim ist, mit Schweineschmalz an den Kopf fest, an die Seite zwei Strähler und in die Stirn schöne Fransen. Stirnfalten hat er nur eine wagrechte, jedenfalls deshalb, weil von den Fransen bis zur Nase so wenig Platz ist. Aber dafür hat's der Herrgott mit der Nase besser gemeint, sie geht weit herunter und ist auch nicht zu schmal geraten. Dann kommt der Mund, der hält in der Breiten wieder der Nase das Gewicht. Was unter dem Mund liegt, ist so wenig, daß der Bader Ferdl beim Rasieren seine helle Freud dran haben könnt, wenn nicht Drahtstiften statt Haare daran herauswachsen würden. Schnurrbart hat keiner Platz. Die Augen sind aus verschossenem Bayrischblau und schauen immer verwundert drein. Deswegen haben die Augenbrauen vergessen zu wachsen. Aber eine gesunde Gesichtsfarb hat er, der Dachrainer. Das ganze Kopfgestell schaut aus, wie wenn der Herrgott damals, als der Steffel auf die Welt kommen sollte, keine Zeit gehabt, ihn selber herzustellen und seinen Lehrbub, den Gabrielengel, damit betraut hätte. Der hat nun gepfuscht, und wie der Herrgott nachgeschaut hat, war der Steffel schon da und nichts mehr zu ändern. Weil er aber grad gut aufgelegt war, hat er zu dem Murks gelacht, der Gottvater. Und so ein kleiner Wischer von dem Lachen hat den Buben gestreift, ist in seinem Gesicht unter der Nase hängen geblieben. Jetzt lächelt er seiner Lebtag so gottselig und zufrieden, dazu ein wenig verwundert.

Beten, das nur er voll Andacht, wenn ihm auch dazwischen hinein seine Ochsen oder ein paar Säu einfallen. So was verzeiht der Herrgott schon; denn er weiß ja eh, daß so ein Bäuerl keine Sorgen hat. Wenn er sich auch gerad nicht schlecht steht, zweitausend Mark Schulden sind immer noch auf dem Gütʼl. Die Leizener Basʼ, die im Städtʼl drinnen privatisiert, hat sie ihm zu fünf Prozent gegeben. Hat der Herr Pfarrer das Amen gesprochen und der Dachrainer richtet sich von den Knien auf, dann kracht die alteichene Kirchenbank und Pollanterbauer, der immer nach der Wandlung einschläft, macht auf. Nach der Kirche geht er selten ins Wirtshaus, meistens heim, weilʼs seine Bäuerin so will. So auch am heutigen Sonntag nach Predigt und Amt mit seiner Annamirl. Die ist das gerade Gegenteil von ihm. Hat sie schon so ein zehn Jahrʼl weniger wie er, ist sie auch noch anderthalb Kopf kleiner, rundlich und flink. Ein frisches Geschichʼl und ein paar blitzblanke braune Augen, die immer spazieren gehen, hat sie auch dazu. Sie war eine arme Kuhdirn beim Donaubauer. Die Bauern erzählen sich, daß sie früher beim Kammerfensterln gar nicht unbarmherzig gewesen sei und den Steffel wegen dem beinahe schuldenfreien Anwesen geheiratet habe. Aber jetzt ist sie auch fromm, was man sonst für gewöhnlich von den sauberen Weibsbildern weniger sagen kann wie von den schiechen. Wird wohl machen, weil der Herr Pfarrer selten vergißt, beim Dachrainerbauern auf einen kleinen erbaulichen Zuspruch einzutreten, wenn er am Gütʼl, das draußen vor dem Dorf liegt, vorbeigeht. Der Bauer ist immer sehr geehrt dadurch und gibt dem Hochwürdigen stets das Geleit bis zum Gartentürl. Und wenn er nicht daheim ist, nachher seine Bäuerin. Ist halt gar so ein Leutseliger, der Pfarrherr. Seine Schwester führt ihm den Haushalt. Sie ist zwar ein bisserl tappig, aber kochen kann sie und das ist die Hauptsach bei der Haushalterin für so einen lieben frommen Herrn.

„Beim Beichten is halt der Herr Pfarrer gar so mild", sagt die Annamirl während des Mittagessens, „nur drei Vaterunser und drei Ave hat er mir Buß aufgeben heut früh!"

„Woll, woll, recht hast", meint der Steffel und nimmt sich den fünften kinderkopfgroßen Zwetschgenknödel auf die Gabel. Dann ruht sein Gehirn wieder zugunsten des Magens.

„Dachrainer, am Mittwoch san hundert Markʼl Zinsgeld für die Leizynerfraubaʼ fällig. Du woast, mir ham allaweil koans, kunnst lei heut nachmittag in dʼStadt einigehn und mit der Frau Basʼ reden, daß dʼ do vier Wochen warten tat, bis mir ʼs Korn verkauft ham."

„Is schiersʼt scho a bisserl spat, Bäuerin, drei Stundʼ hin, drei her, san sechse, oane bei der Basen san siebene; hin i amal drinn; kunnt mirʼs der Kreuzwirtvetter für übel nehma, kehrat i net bei oam ein, warn zehn Stund."

„Bleibst bei eam über dʼ Nacht drinn, kaufst morgen fruah a neiche Heugabel, a Kuahketten und an Blechhafa für dʼ Wasch, der alte is kaput, nachher brauchst dia Wochʼ koan ganzen Tag zʼ versamma."

Das leuchtet dem Steffel erstens ein und zweitens tut er immer, was seine Bäuerin will. So ein gar guter Depp ist er, zieht halt sein schwarztuchenes Zeugl mit der silberknopfgen Weste an und trabt los. Das runde Hütʼl sitzt auf seinem flachsigen Spitzkopf, wie der Gockʼl am Dach, die Knie drückt er in der Stadtrichtung durch. Die Annamirl schaut ihm von der Tür aus nach.

In der Stadt trifft er die Läden noch auf und nun denkt er einmal selbständig: „Kaufst dei Zeugl glei, nachher kannst ʼs andere bʼsorgen und kannst heut noch heim. Is a halbeter Tag gʼspart."

Das macht der Steffel so und kommt nachher zur Leizner-Basʼ mit seinem Anliegen. Au weh, is er aber da ausgʼrutscht. „Siehgst Mannl, i tat dir den Gʼfallen, ja recht gern, aber i muaß mei Geld haben, am Mittwoch, Steuern, Umlagen, Hauszins, alles ist fällig. Schaugʼ halt, daß du dös Geldl vom Kreuzwirtvetter kriegst!" Fuchsteufelswild, die Heugabel mit der Ketten auf dem breiten Buckʼ und den weltsgroßen Hafen daran hängend, stampft er zum Wirtsvetter. Nach der achten Maß und einem Kälbernen ruckt er mit seinem Anliegen heraus. „Geht net Stefferl, is Quartal, Steuern, Zinsen, Biergeld, Seminargeld vom Xaverl, geht hat net, Mannl." Trübselig packt der Dachrainer um neun Uhr sein Zeugʼl auf dem Rücken und torkelt heimwärts.

„Sakra, Sakra, was mach i iaßt; i muaß halt morgen zum Hochwürden, vielleicht tuats der auf vier Wochen." So dujelt er vor sich hin bis eine Viertelstund vors Dorf. Da ist am Weg ein großer holzerner Herrgott am Kreuz angenagelt, eine Stiftung vom seligen Donaubauer seiner Frau, mit einem Kniebankʼl davor. Jetzt kommt dem Steffel noch eine Idee. Vielleicht kunnt der helfen! Also, er kniet nieder, besinnt sich ein bissel und fängt dann hierschwer an: „Schaug, mei Liaber, jetzt warʼs Zeit, daßʼ helfest, bis auf dös bisserl Grenzitoaversetzen von neulich, habʼ i ja nix am Gʼwissen und san doch nur hundert Markel. Also kunnst scho an Einsehen haben. Amen!" Dann macht er sich wieder auf den Weg. Es muß gleich zwölfe sein und so zwischen zwölf und eins ist ihm nicht wohl da draußen, könnt nimmer ganz ungeheuer sein. Das Gartentürl macht er leis auf, aber wie er die Haustür aufgesperrt hat, schlägʼts zwölf; da fällt mit einem Mordskrach der große blecherne Hafen samt der rasselnden Kette von der Heugabel und pumpert im Hausgangʼl herum. „Jessas, Maria und Josеferl!" schreit eine Weiberstimme in der Stuben und die Bäuerin patscht bloßfüßig drinnen hin und her. „Haltʼs Maul, i bins," lallt der Steffel. „Jessas, du Depp, du, kunnst net in der Stadt übernacht bleiben. Muast oan um dʼ Nachtruah bringen," halleintʼs aus der Stube.

„Sei halt net ungnat, Alte,“ brummt er schluckend, denn vor Schreck hat er den Schnackler gekriegt und beginnt dann lang und breit zu erzählen, wie's ihm in der Stadt gegangen ist. Dabei zieht er sich im Dunkeln aus (Bauern waren mit dem Licht) und legt Rock, Weste und Hosen auf den Schemel neben das Bett. „Is scho wieder a Henn' in der Stuben, Luada,“ macht er und wirft den Stiefeltrecht unter die Bettlad. Auf einmal jammert die Annamirl ganz zum Erbarmen. „Jesias, was is denn, Mirl, bist ebba krank!“ Die winselt: „Jatz hast's mit dein Pumpern. Der Schreck von dem Hasaeurnzel; so schlecht is mir, so schlecht!“ und sie fängt zu greinen an. „Koa danziger Tropfen Karmelitergeist daham und mir is a so schlecht. Geh', lauf doch geschwind zum Bader, Ferdl, und hol an Geist, geh' Steffel, geh'.“

Der springt wieder aus dem Bett, tappt nach dem Kleiderhaufen, sucht sich die Hosen heraus, schlupft hinein, noch die Lederpantoffeln an die Füße und rennt mit fliegenden Hosenträgern zum Bader Ferdl. Beim Zuknöpfen unterwegs kommen ihm seine schwarztuchenen Beinbehausungen ungewohnt weit vor. Der Bader schimpft auf die narrischen wachsernen Weibsleut, die gar nichts aushalten können und gibt ihm das Verlangte. Damit rennt er wieder heim über die Wiese an dem großen Apfelbaum vorbei. Darunter steht eine lange schwarze Gestalt. Erschrocken bekreuzt er sich, siedheiß fällt ihm ein, daß immer noch Geisterstunde ist. Mit den Pantoffeln in der Hand kommt er schlohweiß daheim angeschnauft. Die Mirl hat mittlerweile Licht gemacht und meint, ihr sei jetzt wieder besser geworden. Nun nimmt aber der Steffel die Tropfen, so miserabel ist ihm vor Angst geworden und legt sich zäneklappernd ins Bett. Die Hosen wirft er wieder auf den Schemel. Er achtet aber nicht darauf, daß dabei etwas aus der Tasche klatschend auf den Boden fällt.

Wie der Tag graut, wacht der Steffel auf. Die Annamirl ist schon munter und trägt gerade sein Sonntagsgewand'l hinaus. Er springt aus dem Bett und zieht seufzend seine krachledernen Hosen an, dann die Rohrstiefel. Auf einmal bückt er sich. Hart unter der Fensterbank liegt ein Geldbeutel. Kaum traut er seinen Augen, ein lederner Zugbeutel, ziemlich schwer! Der Dachrainer macht ihn auf und schüttet das Geld auf den Tisch: Einhundertundzwanzig Markel und ein paar Pfennig sind's. Er macht seine saudümmste Visaschi. Plötzlich fliegt ihm ein Lächeln seliger Erleuchtung übers Gesicht.

Er hat geholfen. Und so geschwind hat er geholfen, der Herrgott. „Du lieber Herrgott, um zwanzig Mark hast dich verzählt und den Zugledernen hatt's ja gar net braucht, dös Geld alloanig hätt's ja a to“, stottert er grad, wie die Bäuerin wieder in die Stub' kommt. Die ist ganz verdutzt, als sie das Geld sieht, aber wie er ihr mitteilt, daß er am Wegkreuz so innig gebetet hat, da faltet sie die Hände, dreht die Augen nach oben und lacht übers ganze Gesicht: „Ach, du guater Herrgott da droben.“ Daß sie aber am gleichen Morgen dem Steffel seine schwarzen Sonntagshosen hinten ein Stück eingenäht und die Hosenschnalle noch dazu eingezogen hat, das hat keine Menschenseele erfahren. Der Dachrainer betet jetzt noch viel inniger in der Kirche, wie je zuvor.

Nur eines möcht ich noch wissen. Warum hat der Herr Pfarrer am Montag einem Handwerksburschen ein Paar so glückgute schwarze Hosen geschenkt? Zu seiner Schwester hat er gesagt: sie seien ihm zu eng geworden! Darum.

Das Frauenstimmrecht in Neuyork.

Aus Neuyork wird uns geschrieben:

Am 19. März hatten die Staatssenate von Neuyork und Neujersey — die ebenso wie die „untere“ Kammer aus direkten Wahlen hervorgegangenen „Oberhäuser“ der Staatsparlamente — über Frauenstimmrechtsvorlagen zu befinden, und wie zu erwarten war, ist die Entscheidung in beiden mittelatlantischen Industriestaaten gegen das Stimmrecht der Frau ausgefallen. Dennoch hatte der 19. März bei näherer Prüfung der Umstände dieser Entscheidungen nichts Entmutigendes für die Freunde des Frauenwahlrechts, wenn auch die insbesondere von den bürgerlichen „Suffragets“ gehegte Hoffnung, nach ihrem überraschenden Triumph in Kalifornien nun den Staat Neuyork, den „Empire State“ der Union, im Sturme nehmen zu können, unerfüllt geblieben ist. Im Jerseyer Senat wurde die Frauenstimmrechtsvorlage mit 17 gegen 3 Stimmen abgelehnt, im Neuyorker Senat dagegen blieben die einem gleichen Entwurf günstigen Gesetzgeber gegenüber dem reaktionären Element nur mit 19 gegen 21 Stimmen in der Minderheit, und der Senatsbeschluß läßt hier die Möglichkeit offen, daß bereits die nächste Session des Senats sich wieder mit dem Frauenstimmrecht zu beschäftigen hat. In diesem Falle sind die Frauen ihres endgültigen Triumphes auch im „Empire State“ beinahe gewiß, hat sich doch die Assembly — das Unterhaus — bereits mit beträchtlicher Mehrheit für ihre Sache entschieden. Jedenfalls sind sie dem Siege im Staate Neuyork noch nie so nahe gekommen, wie am 19. März, trotzdem die Berufspolitikanten beider bürgerlicher Parteiorganisationen — der sogenannten politischen „Maschinen“ — von der Verleihung des Wahlrechts an 1½ Millionen weiblicher Bürger durchaus nichts wissen wollten. „Jetzt noch“, halluzinierte Senator McClelland, „höre ich das Zerklirren des Fensterglases unter den Hammerschlägen der sanften Suffragetten auf der anderen Seite des Ozeans“. Diese dumme Bemerkung konnte nur die wohlüberlegte Taktik der amerikanischen „Suffragetten“ unterstreichen, die sich von den sporadischen revolutionärrischen Eseleien ihrer Londoner Schwestern glücklich ferngehalten haben.

Bei manchen europäischen „Amerika-Kennern“ steht die Legende von der bevorzugten Stellung der amerikanischen Frau noch ebenso hoch in Ehren, wie etwa die Fabel von den billigen Lebensmitteln und den kolossalen Arbeiterlöhnen in den heutigen amerikanischen Plutokraten-Republik. Aber bei sonst besser unterrichteten Leuten in Amerika selber glaubt man vielfach, die Gesetzgebung des Staates Neuyork, dieses wirtschaftlich-kulturell fortgeschrittensten Staates der Union, werde auch den Frauen in besonders hohem Maße gerecht. Tatsächlich ist auch die Neuyorker Frau nicht nur in bezug auf politische Rechte, sondern ebenso in manchen anderen rechtlichen Beziehungen um nichts besser daran, als der Rest der weiblichen Kulturmenschheit. Von der in jedem europäischen Kulturstaat unerhörten Rechts- und Schutzlosigkeit weiblicher Arbeiter in Fabrikbetrieben — man denke der hundert und mehr Opfer des „Triangle“-Brandes! — von ihrer unmenschlichen Ausbeutung, ihrer gewohnheitsmäßigen Mißhandlung in Streikfällen, der haufenweisen Aburteilung weiblicher Streikposten zu langen Arbeitshaus-Terminen u. s. w. soll hier nicht weiter die Rede sein; denn darüber haben die Riesenstreiks weiblicher Arbeiter, die Neuyork in den letzten Jahren erlebt hat, vor aller Welt Aufklärung verbreitet, sodaß selbst bürgerlich gesinnte amerikanische Gewerkschaftsführer sich heutzutage mehr als noch vor einigen Jahren hüten müßten, den europäischen Arbeitern Hymnen auf die Sternenbanner-Republik vorzusingen, wo eine politische Arbeiterbewegung überflüssig sei. . . . Aber nicht nur als Arbeiterin, auch als Weib schlechthin ist die so glücklich gepriesene Neuyorker Frau schlimmer unterdrückt, als die Gegner ihrer politischen Gleichberechtigung wahr haben wollen. Eine Neuyorker Anwältin, Frau Johnston Wood, hat dies vor nicht langer Zeit in einer Schrift, deren Inhalt in der Tagespresse wiedergegeben wurde, im einzelnen nachgewiesen. Für Ehefrauen gilt beispielsweise noch immer die gesetzliche Bestimmung, daß ihre häuslichen Arbeitsleistungen dem Manne in jedem Falle unbezahlt gehören, sodaß die unglückliche Frau eines Tunichtguts, wenn sie sich und ihre Kinder ehrlich ernähren will, dies nicht etwa durch Aufnahme von Kostgängern oder irgendwelche Heimarbeit bewirken kann — sie muß vielmehr ihr Geld außerhalb des Hauses erwerben, wenn der Verdienst ihr gehören soll. Vereinbarte Ansprüche der Frau auf Bezahlung gewisser Arbeiten seitens ihres Ehemannes sind nicht einklagbar, wohl aber kann der Mann ähnliche Ansprüche an die Frau, wenn diese etwa Inhaberin eines Geschäftes ist, dem er seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, gerichtlich einklagen, da ein derartiger Kontrakt vom Gesetze als bindend anerkannt wird. Gut, das beide Eheleute durch gemeinsame Arbeit erworben haben, gehört dem Manne. Im Todesfalle einer Frau, die kein Testament gemacht und keine direkten Nachkommen hinterlassen hat, fällt ihr ganzes Vermögen an den Mann — im umgekehrten Falle erhält die Frau nur ein Drittel der Hinterlassenschaft. Noch skandalöser ist das Neuyorker „Recht“ aber in bezug auf die Verteilung elterlicher Ansprüche. Die Frau, die sich von ihrem Manne gerichtlich trennen (nicht scheiden) ließ, muß ihre Kinder fahren lassen — das Gesetz erkennt dem Manne in solchem Falle das Vorrecht auf die Kinder an. Sogar der geschiedene und für schuldig befundene Mann behält unter gewissen Bedingungen die Kinder — die Frau unter umgekehrten Umständen aber hat nicht einmal das Recht, die Kinder, die sie unterm Herzen getragen, je wiederzusehen!

Das sind die Zustände, für die die McClollands schwören, die beilävfig das ganze deutsch-amerikanische Philisterium hinter sich haben!

Für unsere Frauen.

Der zweite sozialdemokratische Frauentag.

Der 12. Mai ist der Tag der Frauen. An allen Orten, in denen eine Parteiorganisation besteht, werden am 12. Mai Frauenversammlungen abgehalten werden, die der Forderung des Frauenwahlrechtes gelten. Wie im vergangenen Jahre ist es die sozialdemokratische Partei, die den „Frauentag“ veranstaltet und die freien Gewerkschaften haben versprochen, die Aktion bestens zu unterstützen. Sache der örtlichen Organisationen und nicht zuletzt der weiblichen Mitglieder in ihnen, ist es nun, den Frauentag zu einer wuchtigen Kundgebung für die politische Gleichberechtigung der Frau zu gestalten. Die Eroberung des Frauenwahlrechtes wird in steigendem Maße zu einer sozialen Lebensnotwendigkeit nicht nur für die proletarische Frau, sondern für die gesamte Arbeiterklasse. Erklärlich genug; die Klassengegensätze werden schärfer, die Klassenkämpfe deshalb härter; das Interesse der im Kampfe stehenden Arbeiterklasse erfordert es, daß möglichst alle Kräfte dem Kampfe dienstbar gemacht werden, also auch die der Frauen. Diese aber stehen heute waffenlos im politischen Kampfe, weil ihnen das Wahlrecht fehlt. Sie zur gleich gerüsteten Kämpferin zu machen durch die Eroberung des politischen Wahlrechtes, sie damit zu befähigen, um so wuchtigere Hiebe im politischen Kampfe führen zu können, gebietet das Klasseninteresse dem Proletariat. Diese Erkenntnis ist es, die zur Veranstaltung des Frauentages geführt hat. Durch ihn wird die alte Programmforderung der sozialdemokratischen Partei, die volles Bürgerrecht des Weibes heischt, mitten in die politische Agitation gerückt und es werden die proletarischen Frauen zu bewußten Trägerinnen dieser Forderung. Je größer ihre Zahl ist, die am 12. Mai sich am Frauentag beteiligt, desto wirksamer wird ihre Forderung unterstrichen, desto mehr auch der Nachweis der politischen Reife erbracht und desto umfassender und gründlicher werden die noch teilnahmslos beiseite stehenden Frauen aufgerüttelt und zur politischen Betätigung gespornt. Gewiß Gründe genug für unsere Genossinnen, keinen Tag und keine Stunde zu versäumen, die der Propaganda für „unseren Tag“ dienen können. Ans Werk! Nutzet die Stunde! Das sei deshalb die Losung der Genossinnen.

Sonst keine Schmerzen.

Eine Frage von welterschütternder Bedeutung beschäftigt wieder einmal die bürgerliche Frauenbewegung, nämlich die Frage, ob und wie man die Frau zum „Soldatchenspielen“ heranziehen soll. Wohlverstanden in der Zeit der Teuerung, in der Zeit der Hungersnot, in einer Zeit, wo Fragen von weltpolitischer Bedeutung die gesamten Nationen durchzittern und bewegen, in einer Zeit, wo das arbeitende Volk mit elementarer Wucht durch die Reichstagswahlen seinen Unwillen dokumentiert hat, haben die bürgerlichen militärwütigen Damen keine andern Schmerzen, als ihre „kostbare“ Zeit mit der Beratung und Erwägung totzuschlagen, wie man die Frau zum Kriegsspiel und blutigen Massenmord heranziehen könnte.

Wir standen, wie gesagt, vor kurzem in den Reichstagswahlen, und der Gedanke und das Bewußtsein, daß die Frau in diesem gewaltigen Kampfe nur eine untergeordnete Rolle spielen konnte, müßte jede erwachsene, ernst und klar denkende Frau mit Scham und Empörung erfüllen, daß sie gar keine Zeit hätte, sich mit Firlefanzereien obengenannter Art zu befassen. Die Tatsachen, daß die Frau im zwanzigsten Jahrhundert, wo Wissenschaft und Technik Wunderwerke des Geistes und des Gewerbes schaffen, nicht zum mindesten unter Mitwirkung und Beihilfe der Frau, diese selbe Frau noch unter die Unmündigen, unter Idioten und Kinder eingereiht wird, ist ein Schandfleck unsrer vielgepriesenen Kultur. Die bürgerlichen Frauen sind sich der Lächerlichkeit ihres Tuns und Treibens vermutlich gar nicht bewußt. Genau wie der Spießbürger, der jederzeit die Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Geschlechter mit der stereotypen Phrase abtut: Solange die Frau nicht die Flinte auf die Schulter nimmt und mit in den Krieg zieht, hat sie auch keinen Anspruch auf gleiche Rechte. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es vergeblich wäre, solchen wunderlichen und verbohrten Käuzen zeitgemäße Ansichten beibringen zu wollen. Viel eher könnte man erwarten, daß die Frauen selbst aus der bürgerlichen Welt, das Beschämende ihrer Rechtlosigkeit einsehen würden. Aber sie tragen nun einmal die Binde bourgeoiser Voreingenommenheit vor den Augen, so daß es ihnen unmöglich ist, die grandiosen gewaltigen Erschütterungen und Umwälzungen, die sich im Schoße der menschlichen Gesellschaft vollziehen, nicht beobachten können.

Ein Jahr oder auch zwei eventuell soll die Frau ausgebildet werden im Kriegsdienst! Natürlich nicht als Richtkanonier oder als Kavallerist, nicht mit Gewehr und Säbel, etwa als moderne Amazone, sondern nur zur Heilung und Linderung der grauenhaften Wunden, welche die heutigen raffiniert und heimtückisch ersonnene Mordtechnik in einem kommenden Kriege schlagen wird.

Kriegsdienst soll die Frau leisten, als ob sie nicht heute schon im Kriege stände und Kriegsdienst ausübte! Steht nicht heute schon ein organisiertes, geschultes und unermüdliches Frauenheer im Kriege gegen Roheit und Unkultur, gegen Rückschritt und Entrechtung? Kämpfen nicht heute schon viele Tausende von Frauen an der Seite ihrer männlichen Genossen einen erbitterten Kampf gegen den verheerenden Kapitalismus mit seinen erschreckenden Begleiterscheinungen? Sind nicht viele Frauen in der Armen- und Waisenpflege tätig, wo sie einen segensreichen Krieg entfalten gegen physische, sittliche und wirtschaftliche Verkümmerung und Entartung?

Ist nicht der größte Teil aller Frauen gezwungen, einen erbitterten Kampf zu führen gegen Arbeitslosigkeit, Tuberkulose und andere unheimliche Mächte? Es war die Genossin Rosa Luxemburg, die kürzlich in einer Versammlung das lebenswahre treffende Wort aussprach: „Jede Frau aus dem Volke heute, die es fertig bringt, die Familie über Wasser zu halten und ihre Kinder anständig zu erziehen, kann jeden Finanzminister in die Tasche stecken und erbringt schon hiermit das Reifezeugnis für die Wahl und Stimmberechtigung.“

Wir aber gehen noch weiter und sagen: Jede Frau, die unter den heutigen Umständen diese Leistung vollbringt, ist nicht nur eine tüchtige Hausfrau und Mutter, nicht nur ein glänzender Finanzminister, sondern eine solche Frau, die in diesem täglichen Ringen standhaft bleibt und nicht unterliegt, ist eine Heldin, eine Heldin im wahrsten Sinne des Wortes!

Den Frauen, die den ehrlichen Willen und den Mut haben, den Kampf gegen die Feinde des Volkes, gegen die Feinde der Kultur und des Fortschritts anzukämpfen, bieten sich in der heutigen Zeit der Kampfobjekte in Hülle und Fülle: Vor allem unsere Steuer- und Zollpolitik, die Schäden der Heim- und Kinderarbeit, die Gesindeordnung und das Klassenwahlrecht in den einzelnen Körperschaften, sie sind schon des Einsetzens aller Kräfte wert. Solange noch alljährlich in Deutschland 10 000 Frauen im Wochenbett, darunter 7000 am Kindbettfieber, sterben, und 50 000 infolge der Mutterschaft schwer erkranken, so lange alljährlich in Deutschland zirka 400 000 Säuglinge vom Tode dahingerafft werden, können schaffensfreudige Frauen ein segensreiches Wirken entfalten.

Und brauchen die tatendurstigen Damen gerade auf eine Völkerschlächterei zu warten, um ihre wertvollen Kräfte einsetzen zu können? Bietet nicht unsere Industrie alltäglich ein grauenvolles Schlachtfeld dar?

Steht nicht der gepanzerte Koloß Militarismus in seiner ganzen Größe und Furchtbarkeit vor uns, verschlingt er nicht in einem Jahre allein 1800 bis 1700 Millionen Mark, die fast ausschließlich aus den Erträgnissen der indirekten Steuern und Zölle bestritten werden? Zwingt er nicht alljährlich die Söhne des Volkes auf Jahre hinaus in die Kaserne zu unfruchtbarem Drill, liefert sie leider noch oft genug der Roheit und Willkür brutaler Vorgesetzten aus?

Haben wir nicht erst jetzt wieder beim Bergarbeiterstreik gesehen, wie Scharfmacher und Regierung das Militär zu Hilfe nahmen, um die armen Bergsklaven in die Gruben zurücktreiben?

Nicht zum Dienst im Kriege, sondern im Dienst gegen den Krieg, wollen wir die Frauen unterrichten. Nicht Wunden heilen, sondern Wunden verhüten soll die Frau, sollen und wollen wir alle.

Darum Krieg dem Kriege! Aber nicht wie die bürgerlichen Ideologen mit ethischen Betrachtungen und Ermahnungen wollen wir den Krieg bekämpfen, sondern indem wir die Herrschaft des Kapitalismus brechen, von dem der Militarismus nur eine Teilerscheinung ist. Das soll der Kriegsdienst sein, in dem die klassenbewußte, arbeitende und kämpfende Frau erzogen und ausgebildet wird.